ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM

MÄRZ/APRIL 2013

YOUR TIME, YOUR LIFE

TAKE IT BACK

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
9. April 2013

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

schwerpunkt: feminismus
Einleitende Worte zum Schwerpunkt 9
Raise your voice – your body your choice! 10
„Abtreibung" 13
Positionspapier: Neue Reporduktionstechnologien 18

soziale kämpfe
Renitente weibliche Person 20
„Centric sociali gibt es genug" 24

antirassismus
Mit dem Messer der Kritik zum faulen Kern 28

krise
Autoritärer Staat in Griechenland 33

Ankündigungen 36

Editorial

Unser Schwerpunkt mag auf den ersten Blick ein wenig zusammengewürfelt erscheinen – ein Text zu Schwangerschaftsabbrüchen,ein Poritionspapier aus (queer-)feministischen Zusammenhängen in Berlin zu Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik und der Aufruf zu einer feministischen Demo und Aktionen gegen den 1000Kreuze-Marsch in Münster. Für uns bildet die Beschäftigung mit Schwangerschaftsabbrüchen hier die Klammer. Wir freuen uns über Kämpfe und Debatten, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und nicht etwa das angebliche Aussterben zukünftiger Generationen oder die „Gesundheit“ des Nachwuchses. Wie bitter notwendig diese sind zeigen nicht zuletzt die Legalisierung von Präimplantationsdiagnostik Anfang Februar und die aktuellen Diskussionen (in Köln) um die Position der katholischen Kirche zur „Pille danach“.

Dass wir hier nicht vor einem allein deutschen Problem stehen hat sich etwa Ende Januar in Washington gezeigt, als Zehntausende Abtreibungsgegner_innen den 76. Jahrestag der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nutzten um für deren Kriminalisierung zu demonstrieren.

Überrascht, erfreut, schockiert, sind wir über die Sexismusdebatte in den deutschen Medien. Dass Alltagssexismus breit in öffentlichen Medien diskutiert wird bringt Hoffnung. Die Art und Weise ist aus einer emanzipatorischen queer-feministichen Perspektive aber nicht nur angebracht. Diskutiert wird lediglich eine heterosexuelle Matrix – alter Mann, junge Frau. Nicht-weiße Frauen*, Queers, Personen die nicht ins sogenannte Raster passen wollen/können werden in dieser Debatte nicht beachtet. Auch wenn es natürlich einiges zu kritisieren gibt, finden wir es wichtig aus einer queer-feministischen emanzipatorischen Perspektive heraus in gesellschaftliche Debatten zu intervenieren – das verpasst die radikale Linke auch hier mal wieder.

Auch dieses Jahr ist Dresden für die Nazis ziemlich ins Wasser gefallen – tausende Antifaschist_innen haben am 13. Februar verhindert, dass sie überhaupt ihren Auftaktort erreichen konnten. Soweit so schön. Was Bullen und Justiz (im Freistaat Sachsen) von antifaschistischen Protesten halten lässt sich aktuell wieder an einem Urteil des Dresdener Amtsgerichts ablesen. Am 15. Januar verurteilte es den 36-jährigen Antifaschisten Tim K. zu einer 22 monatigen Haftstrafe ohne Bewährung. Er soll 2011 bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch per Megaphon zum Durchbrechen von Polizeisperren aufgerufen haben. Dass sich dies weder durch die vorhandenen Videoaufnahmen noch durch Zeugen belegen lies störte weder Richter noch Staatsanwalt. Wir wünschen Tim und allen anderen von staatlicher Repression Betroffenen Kraft und Mut! Gemeint sind wird alle!

Über die faschistische Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) in Griechenland wird ja seit einiger Zeit häufig geschrieben. Wir haben den Text „Autoritärer Staat in Griechenland“ abgedruckt, da er versucht die Entwicklung dieser Partei in den letzten Jahren nach zu zeichnen. Wichtig an dem Text finden wir, dass er nicht den leider oft gehörten angeblichen Automatismus „In Krisen rufen Menschen nach autoritärer Führung“ bedient – wir halten nichts von solchen Verkürzungen und finden sie eher gefährlich.

Dass sich die Chrysi Avgi immer stärker auch international vernetzt zeigt sich aktuell auch in Nürnberg wo es erste Treffen zwischen griechischen und deutschen Nazis gab.

Der griechische Staat hat in den letzten Wochen und Monaten vermehrt besetzte Häuser und Zentren u.a. in Athen und Thessaloniki angegriffen und geräumt und damit die Zerstörung von linken, subkulturellen Räumen vorangetrieben. Dies ist schon beschissen genug, vor dem Hintergrund einer sich formierenden rassistischen und faschistischen Bewegung erscheinen die Konsequenzen jedoch noch fataler.

Die Wagenburg muss leider immer noch um einen neuen geeigneten Platz kämpfen und sich neuerdings auch noch mit nerviger populistischer Presse rumärgern. Wir wünschen dem Wagenplatz weiterhin viel Kraft – lasst euch nicht unterkriegen!

Dass nicht nur in Oldenburg um bezahlbaren Wohnraum gekämpft wird ist natürlich klar. Besonders deutlich hat sich dies am 14. Februar in Berlin gezeigt. Ursprünglich sollte bereits im Oktober letzten Jahres die Familie Gülbol mit fadenscheiniger Begründung geräumt werden. Dies wäre - so gesehen – leider nichts besonderes. Zwangsräumungen, bei denen Menschen, welche sich permanent steigenden Mieten nicht mehr leisten können und profitorientierten Interessen weichen müssen, sind tausendfacher trauriger Alltag in Deutschland. Nichtsdestotrotz konnte die erste Räumung im Oktober durch tatkräftige Unterstützung von Nachbar_innen und anderen solidarischen Menschen verhindert werden. Am 14. Februar zeigte sich jedoch besonders deutlich, dass profitorientierte Interessen um jeden Preis durchgesetzt werden. In einer Presseerklärung des „Bündnis gegen Zwangsräumung“ heißt es dazu: „Und wenn es 400 Polizist_innen und einen Hubschrauber braucht, um eine Wohnung zu räumen, dann ahnen wir, dass der Staat dies nicht lange durchhalten wird, wenn wir uns öfter in dieser Form zusammenfinden. Deswegen gilt für uns das, was Ali Gülbol heute nach der Räumung gesagt hat: ‚Der Kampf hat gerade erst begonnen‘.“ Wir sind auf jedenfall schwer beeindruckt von der Solidarität welche die Familie erfahren hat und hoffen, dass auch Andere, die in dieser Form von Stadtumstrukturierungen betroffen sind in Zukunft eine solche erfahren werden.

Und wie bei fast jeder Ausgabe hatten wir ein wenig das Gefühl, die Welt würde sich zu schnell drehen – zumindest für uns. Wir hätten gerne noch Texte zur Krise in Mali, zu den Kämpfen von Geflüchteten in Deutschland und Österreich, zur „Euro-Krise“ und vielen anderen Themen abgedruckt. Warum wir das nicht einfach gemacht haben liegt mindestens an zwei Dingen: zum einen haben wir einfach nicht genug Zeit bzw. Ahnung um die richtigen Texte zu finden und zum anderen hat die Zeitung auch nur begrenzt Platz. Bei unserem ersten Problem könnt ihr aber helfen! Wir freuen uns immer total über Einreichungen und Lesetipps – auf diesem Wege auch wieder ein Dank an die Einreicher_innen dieser Ausgabe.

Wir wollen aber diesmal mit einem Erfolg abschließen: Zumindest in Oldenburg scheint es geschafft. Der jahrelange Kampf antirassistischer Gruppen gegen das Gutscheinsystem hat sich ausgezahlt. Die Stadt Oldenburg treibt die Abschaffung des Gutscheinsystems in Oldenburg voran und wird auf die Auszahlung von Bargeld umsteigen. In Göttingen kündigt sich ähnliches an. Dass damit noch nicht das Asylbewerberleistungsgesetz oder auch nur das Gutscheinsystem an sich abgeschafft ist wissen wir – und trotzdem ist es ein Erfolg antirassistischer Kämpfe und eine ganz konkrete Verbesserung für die Betroffenen. Das können und sollten wir feiern – ohne uns dabei von den Wahlkampfparolen besoffen machen zu lassen, denn ohne die Kämpfe der letzten Jahre wäre das nicht passiert!

Wir freuen uns auf den Frühling – ihr auch?

Eure Alhambra-Redaktion

Kurdischer Aktivist in Hamburg verurteilt

Hamburg Am 13. Februar wurde der 47-jährige kurdische Aktivist Ali Ihsan Kitay vom Oberlandesgericht Hamburg nach §129b Strafgesetzbuch, also wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Der Grund: Von 2007 bis 2008 soll er die in Deutschland verbotene kurdische Arbeiter_innenpartei PKK in Norddeutschland geleitet haben. Das begründete die Bundesanwaltschaft mit der Organisierung von Demonstrationen und Newroz-Festen und dem Sammeln von Spenden. Andere „Taten" wurden ihm nicht vorgeworfen. Gegen das Urteil wurde von der Verteidigung Revision eingelegt, Ali Ihsan bis zur Entscheidung gegen Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Solidaritätsgruppe bezeichnete das Verfahren als „politisch motiviertes Pilotverfahren", welches richtungsweisend für die vier weiteren §129b-Verfahren gegen kurdische Aktivisten in Stuttgart, Berlin und Düsseldorf sein wird.

Mehr Infos unter: freiheitfueraliihsan.noblogs.org und in der Broschüre zum Prozess: „Azadî yan Azadî! - Freiheit oder Freiheit!"

DGB und die Leiharbeit

Deutschland Die »weitblick-personalpartner GmbH« , eine hundertprozentige Tochter des Berufsbildungswerks des DGB, warb in der Internet-Jobbörse der Arbeitsagentur für Zeitarbeit, unter anderem für Kassierer_innen zum Stundenlohn von 8,19 Euro.

Weil dies deutlich weniger ist als der vom DGB selbst geforderte Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, gab es einiges an Kritik. Der Gewerkschaftsbund reagierte und wies die Zeitarbeitsfirma an, den Stundenlohn auf 8,50 zu erhöhen.

Womit allerdings weiterhin Kritik an der Entgeldeinstufung der Tätigkeit war: Für „Kassiertätigkeiten ohne Beratung und Verkauf" gilt die Entgeltgruppe2 was Zeitarbeitstariflohn von 8,74 Euro bedeuten müsste.

Inzwischen ist die Website des Unternehmens mit dem Hinweis „Seite im Aufbau" stillgelegt

Bundesweite Hausdurchsuchung nach m31 Protesten

Deutschland Um 6 Uhr am Morgen des 6 Februar führten mehrere hundert Polizist_innen in Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Brandenburg zeitgleich von der Staatsanwaltschaft Frankfurt a.M. veranlasste Hausdurchsuchungen bei insgesamt zehn Fotograf_innen durch. Die Hausdurchsuchungen stehen in Verbindung mit den antikapitalistischen Krisenprotesten am 31. Mai 2012 (m31) in Frankfurt. Auf der Suche nach Beweismaterialien, wurden auf oberrichterlichen Beschluss hin, tausende Fotos von Demonstrant_innen beschlagnahmt. Begründet wurden die Durchsuchungen damit, dass die Journalist_innen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant_innen und Beamt_innen fotografiert haben könnten. Dass alle Journalist_innen einen Presseausweis haben und somit vom Grundgesetz be-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

züglich der Pressefreiheit geschützt sein müssten, zeigt um was für eine skandalöse Grenzüberschreitungen es sich von Seiten der Ermittlungsbehörden handelt. Nicht umsonst sprechen viele Stimmen in diesem Zusammenhang von einem massiven Einschüchterungsversuch gegenüber kritischem Journalismus.

Homophobie auf der Straßen

Frankreich Waren es Ende des letzten Jahres „nur" etwa 100 000 Gegner_innen gleichgeschlechtlicher Ehen und des Adoptionsrechts für Schwule und Lesben die frankreichweit auf die Straße gingen, stieg sowohl die Zahl der Demonstrationen als auch die der Teilnehmer_innen in den Monaten vor der entscheidenden Nationalversammlung zur Gesetzesänderung am 12. Februar drastisch an. Ihren vorerst traurigen Höhepunkt fand dieser Anstieg bei einer zentralen Demonstration Mitte Januar in Paris mit etwa einer halben Million Teilnehmenden. Trotz der massiven Proteste, maßgeblich organisiert und finanziert von der katholischen Kirche, stimmte die Nationalversammlung für den Gesetzesentwurf. Jetzt muss der Senat am 2. April diesen Jahres noch über das Gesetz entscheiden. Zeitgleich überlegen die katholische Kirche und die konservative Opposition ein Referendum über den Gesetzesentwurf anzustreben.

Katholische Krankenhäuser verweigern vergewaltigter Frau Behandlung

Köln Im Dezember 2012 wurde eine vergewaltigte Frau in Köln in zwei katholischen Krankenhäusern abgewiesen, die sie aufgesucht hatte, um die Spuren der Vergewaltigung sichern zu lassen und die „Pille danach" zu bekommen. Die Untersuchung habe man nicht machen wollen, da sonst die „Pille danach" hätte verschrieben werden müssen – und das sei nicht vereinbar mit der christlichen Moral, so die zuständigen Ärzt_innen.

Nach einer breiten Welle der Empörung und öffentlichem Druck sagte Kardinal Meisner die Aushändigung der „Pille danach" an Betroffene von Vergewaltigungen in katholischen Krankenhäusern zu. Einschränkungen machte er bei der Wahl der Präparate: ausgegeben werden dürften nur solche, die lediglich eine empfängnisverhütende, keine abtreibende Wirkung hätten. Im Klartext: Pillen, die den Eisprung verzögern, hält Kardinal Meisner (nur im Falle einer Vergewaltigung) für ethisch vertretbar, solche, die die Einnistung der befruchteten Eizelle in der Gebärmutter verhindern, nicht.

Es bleibt dabei: keine christliche Einflussnahme in Gesundheitseinrichtungen! Katholische Kirche abschaffen!

Zapatist_innen sind noch da!

Chiapas/ Mexiko 40 000 mit Sturmhauben vermummte und unbewaffnete Zapatist_innen traten am 21. Dezember 12 auf die Straßen von fünf Kreisstädten des südmexikanischen Bundesstaats Chiapas. Es war der größter Aufmarsch, seit das Zapatistische Befreiungsheer EZLN im Januar 1994 mit einem bewaffneten Aufstand erstmals öffentlich auftrat, um Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit für die indigene Bevölkerung einzufordern.

Knapp eineinhalb Jahre lang hatten sich die Zapatist_innen aus der medialen Öffentlichkeit zurückgezogen. Von Politiker_innen bereits für tot erklärt, wurde der EZLN als eine eigensinnige Bewegung mit einer Mischung aus Fundamentalismus, Folklore und Abkapselung dargestellt. Diese Sicht spiegelt jedoch eher die Ignoranz der mexikanischen Massenmedien wider. Die von den Zapatist_innen immer wieder dokumentierten paramilitärischen Angriffe auf autonome indigene Gemeinden wurden von Presse und Fernsehen verschwiegen.

Mit den Demonstrationen haben die Zapatist_innen den öffentlichen Raum nun zurückerobert. Keine Parolen, kein Redebeitrag, keine Transparente. Nur

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

eine kurze Botschaft: „Habt ihr das gehört? Es ist der Klang eurer Welt, die zusammenbricht. Es ist der Klang unserer Welt, der wiederkehrt“, schrieb der EZLN-Sprecher Subkommandant Marcos in einem Kommuniqué und griff damit eine alte Kommunikationsstrategie wieder auf: Sie verhüllen ihr Gesicht, um gesehen zu werden, und sie schweigen, um gehört zu werden.

Traurige Nazis im Osten

Magdeburg Die Initiative gegen das Vergessen um den Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN), Andy Knape, hatte am 21. Januar zum »Gedenkmarsch« an die Opfer der Bombardierung der Stadt aufgerufen. Im letzten Jahr waren 1200 Neonazis dem Aufruf gefolgt, dieses Jahr waren es noch 700. Auch fand ihre »Gedenkzeremonie«, die Anrufung der Toten im Fackelschein, dieses Jahr noch vor Einbruch der Dunkelheit statt – der gewünschte emotionale Effekt blieb daher bescheiden.

Den aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Antifaschist_innen bot sich leider die überwiegende Zeit ein ziemlich chaotisches Bild. Dies lag zum einen wohl an der Taktik der Polizei, die lange versuchte den Ort, an dem die Nazis marschieren würden zu verschleiern. Zum anderen lag es wohl auch an einem fehlenden Informationsfluss zu den Protestierenden. Die Polizei begann außerdem schon morgens die Brücken über die Elbe zu sperren, was die Beweglichkeit in der Stadt stark einschränkte. Letztlich marschieren die Nazis im Süden der Stadt. Ihre Route führt ausgerechnet am Libertären Zentrum (L!Z) vorbei. Wiederholt wurde das linke Zentrum in der Vergangenheit von Nazis angegriffen. Während der Zwischenkundgebung der Nazis vor dem Haus stand die Polizei mit Kettensäge und Flex im Anschlag vor der Tür um das L!Z räumen zu können falls es zu Gewalttaten von Seiten der Bewohner_innen komme.

Die Polizei schaffte es mit ihrer Taktik einen weitgehend protestfreien Marsch der Nazis durchzusetzen.

Mord an drei kurdischen Aktivistinnen

Paris Am 9. Januar 2013 wurden die drei kurdischen Aktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez im kurdischen Informationszentrum in Paris kaltblütig ermordet. Sakine Cansız war Gründungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und eine führende Persönlichkeit der kurdischen Frauenbewegung. Fidan Doğan war Vertreterin des Kurdistan-Nationalkongresses (KNK) in Paris. Die 25-jährige Leyla Şaylemez war eine Aktivistin der kurdischen Jugendbewegung in Europa.

Die Art und Weise des Tatverlaufs; Ort und Zeitpunkt sowie das bedeutende politische Engagement der ermordeten Frauen deuten darauf hin, dass es sich bei dieser Tat um politische Morde handelt, die durch professionelle Mörder verübt wurden. Wenige Tage nach der Tat versammelten sich über 100.000 Kurd_innen aus ganz Europa in Paris, um gegen die Morde an den drei kurdischen Politikerinnen zu protestieren. Zeitgleich kam es auch in allen vier Teilen Kurdistans, in der Türkei und zahlreichen europäischen Städten zu großen Protesten.

Knapp zwei Wochen nach der Tat präsentierten französische Behörden einen Tatverdächtigen: Ömer Güney. Die Behörden teilten mit, dass Ömer Güney sich seit zwei Jahren in kurdischen Kreisen aufhalte, die AKP (türkische Regierungspartei) sah sich in ihrer Behauptung bestätigt, die Morde seien eine inner-kurdische Angelegenheit.

Recherchen ergaben jedoch, dass Ömer Güney Agent des türkischen Geheimdienstes MIT ist. Er lebte von 2003 bis 2012 in Deutschland und hat sich dort in türkisch-nationalistischen Kreisen (u.a. in Schliersee bei München) aufgehalten. Ende 2011 schloss er sich in Villiers-le-Bel (bei Paris) einem kurdischen Verein an, wohl mit dem Ziel kurdische Strukturen in Paris auszuspionieren.

Neonazi an Uni Oldenburg

Oldenburg Am 17. November 2012 fand in Bremen eine Veranstaltung einer neu gegründeten Neonazi Gruppierung „Identitäre Bremen“ statt. Die „Identitäre Bewegung“ hat ihren Ursprung in Frankreich und fällt dort vor allem durch medienwirksame, rechtspopulistische, rassistische und antimuslimische Aktionen auf. Sie berufen sich dabei auf ein „Europa der Völker“, welches sich im „Krieg“ gegen eine herbeigeschworenen Islamisierung befindet. Seit längerem gibt es auch in Deutschland und Österreich Ableger der „Identitären Bewegungung“ und jetzt eben auch in Bremen. Teil dieser Gruppe ist der in Delmenhorst wohnende und an der Uni Oldenburg studierende Daniel Schönwälder. Dieser ist bereits seit längerem für seine Kontakte in die die lokale Neonaziszene bekannt und war in der Vergangenheit an Angriffen auf alternative Jugendliche beteiligt.

Es gilt: Nazis aus der Deckung holen. Antifa heißt Angriff.

NPD-Wahlkampf massiv gestört!

Niedersachsen/Oldenburg Nicht nur Brücken waren für die NPD auf ihrer Wahltour in Niedersachsen ein Hindernis, auch brennende Autos und immer begleitender Protest auf ihren Kundgebungen führten zu einem massiven Stimmeneinbruch. Mit 29 444 Stimmen (0,8%) lagen diese bei knapp der Hälfte der Stimmen von 2008. Zumindest die Gelder für die staatliche Parteienfinanzierung des Wahlkampfs fallen so schon mal weg – 2008 bekamen sie noch 45 000 Euro.

Das „Flaggschiff“ der NPD kam in Oldenburg dann am 12. Januar unter lautstarkem Protest an. Die 13 Nazis von der Wahlkampftour und 11 Nazis aus der regionalen Naziszene wurden von 3 bis 4 Hundertschaften der Polizei geschützt. Der DGB und ein antifaschistisches Aktionsbündnis hatten zu Protest aufgerufen. Mit Trillerpfeifen, Presslufthupen und „Nazi raus“-Rufen wurde der Wahlkampfauftritt der NPD begleitet. Von den über Lautsprecher

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

übertragenen Reden und Musikbeiträgen der Rechtsextremen war kaum etwas zu verstehen, weil alles im Lärm der Gegendemonstranten unterging.

Kein glückliches Händchen bewiesen die Nazis, als sie in der Nacht vom 16. Januar ihre Fahrzeuge auf einem Hotelparkplatz in Schneverdingen abstellten. Am nächsten Morgen war eins ihrer Autos komplett abgebrannt und zwei beschädigt.

Auch das NPD-Urgestein Ulrich Eigenfeld, das sich als brauner Ratsherr in Oldenburg versucht, hatte keinen so wirklich schönen Januar: In der Nacht auf den 9. Januar brannte seine Gartenlaube in der Oldenburger Kleingartenanlage am Johann-Justus-Weg komplett ab.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Einleitende Worte zum Schwerpunkt

oder: Wer sind die »Lebensschützer«?

Zunächst möchten wir einige einleitende Worte zu unserem Schwerpunkt loswerden, der euch vielleicht als zusammengesuchter Haufen erscheinen mag. Wir haben's ja schon im Editorial erwähnt: die Klammer ist für uns die emanzipatorische Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für Frauen*. Das wird in dem Aufruf zur feministischen Demonstration in Münster am 9. März sehr stark gemacht. Allerdings wird nicht richtig klar, wer denn diese »Lebensschützer« sind, die dieses Recht immer wieder angreifen. Dazu findet ihr weiter unten mehr.

In Anlehnung an den Aufruf drucken wir einen Text aus dem schönen Buch »Darum Feminismus!« ab, der sich mit Schwangerschaftsabbrüchen beschäftigt. Wir haben den Eindruck, dass dieses Thema in der radikalen Linken und selbst unter Feminist_innen (mittlerweile) nur wenig diskutiert wird, obwohl die Situation für ungewollt Schwangere nach wie vor beschissen ist. So sind z.B. Schwangerschaftsabbrüche in der BRD immer noch illegal (wenn auch unter bestimmten Bedingungen straffrei). Wir hoffen, mit dem Text eine Grundlage zu schaffen, auf der eine emanzipatorische Auseinandersetzung mit Schwangerschaftsabbrüchen möglich sein kann. Denn diese ist angesichts der weit verbreiteten – längst nicht nur von fundamentalistischen Christ_innen vertretenen – Meinung Abtreibung sei Mord so notwendig wie eh und je.

Eine Leerstelle in der (feministischen) Auseinandersetzung mit dem Thema sehen wir, wenn es um die »Selektion von Nachwuchs« geht. So sind Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik durchaus Mittel, die Menschen in »brauchbar« und »unbrauchbar« unterteilen. Eine diagnostizierte sogenannte »Behinderung« wird dann zur Legitimation eines Schwangerschaftsabbruchs genutzt. Wir stellen hier keinesfalls den Abbruch an sich in Frage, sondern vielmehr Abbrüche, die die Selektion von Menschen zum Ziel haben. Auch wenn wir das Gefühl hatten, dass das Positionspapier viel voraussetzt, versucht es, diese Leerstelle zu füllen und eine Diskussion anzuregen. Gerne hätten wir einen grundsätzlicheren Text zum Thema Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik abgedruckt, haben jedoch leider keinen gefunden. Und das Positionspapier ist um Längen besser als nix, dachten wir uns. Auch wir haben keine feststehende Meinung zu dem Thema und würden uns über eine Auseinandersetzung mit euch freuen.

Wer sind die »Lebensschützer«?

Die Abtreibungsgegner_innen sind christliche Fundamentalist_innen. Sie kämpfen für eine Gesellschaft, die auf der bürgerlichen Kleinfamilie, Zweigeschlechtlichkeit, einer strengen Sexualmoral, Verbot von Homosexualität und auf »Schicksals«- und Obrigkeitsergebenheit beruht. Dabei berufen sich die Antifeminist_innen auf ihre Gewaltfreiheit, was angesichts ihrer Aktionen jedoch äußerst zynisch ist. So werden FrauenLesbenTrans*, die Abtreibungskliniken aufsuchen, teilweise durch sogenannte »Gehsteigberatungen« eingeschüchtert und bedrängt, Ärzt_innen als »Massentöter« diffamiert und Gruppen und Personen, die sich für ein liberales Abbruchrecht einsetzen, beschimpft und bedroht. In den USA und Großbritannien sind die selbsternannten »Lebensschützer« noch um einiges krasser: sowohl Ärzt_innen als auch Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen

wollen werden von ihnen bedroht, genötigt und verletzt. Bei alldem können sich christliche Fundamentalist_innen einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz sicher sein.

Seit Jahren veranstalten in Münster selbsternannte »Lebensschützer« im März einen »1000 Kreuze für das Leben«-Marsch durch die Stadt, um gegen Schwangerschaftsabbrüche zu demonstrieren.

Doch wer sind eigentlich diese »Lebensschützer« in Münster?

EuroProLife: Der »1000 Kreuze«-Marsch wird jedes Jahr von dem Vorsitzenden der Münchner Organisation EuroProLife angemeldet. Laut Eigenaussage eigentlich ein Dachverband von »Lebensschützern« aus 15 europäischen Ländern, sitzen im Präsidium nur Menschen aus Süddeutschland. Sie sind es auch, die immer wieder Frauen* vor Kliniken belästigen, um diese dazu zu bewegen, keinen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

Der **Komm-mit-Verlag** als älteste aktive christlich-fundamentalistische Organisation in Münster (seit 1948) brachte lange einen gleichnamigen Kalender und eine Zeitung heraus. Diese fielen vor allem durch ihre rigide Sexualmoral und Geschichtsrevisionismus auf und werden nach massiver Kritik nun nicht mehr verlegt.

Der **CDL (Christdemokraten für das Leben)**, als »Lebensschützer«-Organisation innerhalb der CDU tätig (wenn auch ausdrücklich nicht nur für Parteimenschen zugänglich), ist die größte, leider auch anerkannte, Lobby der Abtreibungsgegner_innen.

Kardinal-von-Gahlen-Kreis: Auch dieser »Aktionskreis katholischer Laien und Priester« ist nicht nur Mitglied im »Zusammenschluß papsttreuer Vereinigungen«, sondern stellt systematisch Gender-Theorien, die Geschlecht als soziale Konstruktion ansehen, in Frage. Mehr noch werden sie als Ablehnung des »mütterlich Empfangenden« betrachtet.

Den fundamentalistischen Gruppen ist gemein, dass Geschlecht als etwas ewig festgelegtes betrachtet wird, das einen Platz in »Gottes Heilplan« hätte. Für die fundamentalistischen Christ_innen auch ein Grund, Homosexualität zu verteufeln.

Ebenfalls seit einigen Jahren bleibt die Demonstration dieser reaktionären Ideologie nicht unbehelligt von Gegenprotesten. So wird es auch dieses Jahr neben den Aktionen gegen den »1000 Kreuze«-Marsch eine feministische Demo in Münster geben. Aber lest selbst mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Raise your voice your body your choice!

Feministische Demonstration :: 9. März 2013 :: Münster

*Wie bereits in den vergangenen Jahren, soll vermutlich auch in diesem Jahr im März der von »EuroProLife« organisierte Gebetszug »1000 Kreuze für das Leben« in Münster stattfinden. Dabei versammeln sich Abtreibungsgegner*innen[1] unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Ausrichtung, um mitsamt ihren Kreuzen ein sexistisches, homophobes und frauen*feindliches Weltbild auf die Straße zu tragen und Frauen ihr Recht auf Selbststimmung abzusprechen.*

Auf den ersten Blick mag der Gebetszug den Eindruck einer skurrilen und nicht ernstzunehmenden Veranstaltung erwecken. Die Kreuzträger*innen erscheinen manchen als verwirrte Fundamentalist*innen. Tatsächlich ist die Bewegung, die hinter Veranstaltungen wie »1000 Kreuze für das Leben« steht, keine extreme und isolierte Randerscheinung, sondern Teil einer rückschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung. Diese findet sich in allen Lebensbereichen wieder und ist schon längst in breiten Kreisen der Gesellschaft verankert. Laufen in Münster nur knapp über Hundert Kreuzträger*innen durch die Stadt, so treffen sich in Berlin zu demselben Anlass mittlerweile jährlich weit über Tausend.

Nur die Spitze des Eisberges!

Auch wenn in einer kapitalistischen

Gesellschaft – je nach wirtschaftlicher Situation und vorherrschender Verwertungslogik (= die Bewertung von Menschen und Ressourcen alleine nach dem Kriterium ihres wirtschaftlichen Nutzens) – die zugewiesenen Geschlechterrollen flexibler erscheinen, bleibt doch die patriarchale Grundstruktur erhalten. Diese beruht u.a. auf der bürgerlichen Familie als Keimzelle der Gesellschaft, auf zugeschriebenen und vermeintlich unveränderlichen Geschlechterrollen in einem zweigeschlechtlichen System, sowie auf der Ausbeutung und Diskriminierung von Frauen. Von Frauen wird erwartet, dass sie gleichzeitig Kinder gebären, die Familie versorgen und Lohnarbeit leisten. So ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland zahlenmäßig zwar gestiegen, zugleich sind Frauen aber deutlich seltener als Männer durch ihr Erwerbseinkommen abgesichert (sog. Ernährermodell). Die traditionellen Rollenzuschreibungen, die religiösen Fundamentalist*innen, Nazis und anderen anti-emanzipatorischen Gruppen als »natürlich« oder »von Gott gegeben« gelten, sichern nach wie vor bürgerliche Werte, patriarchale Machtverhältnisse und männliche Dominanz. Patriarchale und autoritäre Vorstellungen von Geschlecht und Familie sind allerdings nicht nur ein Kernstück fundamentalistisch-religiöser Positionen und rechter/anti-emanzipatorischer Ideologien, sondern sie verbinden diese Positionen auch mit dem konservativen Mainstream und finden sich – unabhängig von sozialem Status – in breiten Teilen der Gesellschaft wieder.

Die Krise als Katalysator auf dem Weg in die Vergangenheit?

Verunsichert durch die allgegenwärtige Krise des Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit und die Angst vor sozialem Abstieg wird – in der Annahme, dass nur ein »starker Staat« diese Gefahren abwenden könne – eine autoritäre Vorstellung von Staat und Gesellschaft von vielen als willkommener Lösungsvorschlag akzeptiert. Gerade in vermeintlichen Krisensituationen werden im gesellschaftlichen Mainstream konservative Vorstellungen hochgehalten oder (re)etabliert, fortschrittliche Positionen zurückgedrängt, erkämpfte Rechte und Freiräume angegangen und auf traditionelle Rollenbilder, etablierte Machtverhältnisse und altbekannte Diskriminierungsstrategien zurückgegriffen. Damit einher geht zum einen die schrittweise Abschaffung von sozialen Rechten; die Verschärfung der Bedingungen für den Sozialleistungsbezug, der Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten, die permanente Beschneidung des Versammlungsrechts, die Streichung der Gelder von Beratungsstellen für und von Selbsthilfegruppen sind nur einige Beispiele. Zum anderen begünstigt das Schüren sozialer Ängste und der Ruf nach einem »starken Staat« mit konservativ-reaktionären Werten die Etablierung von Feindbildern. So wird zur Zeit der Islam von Medien und Politiker*innen zum äußeren Feind stilisiert, Europa wird zunehmend dicht gemacht, ein Bild von »Flüchtlingsströmen, die Deutschland überfluten« gezeichnet und Migrant*innen und Erwerbslose als »Sozialschmarotzer*innen« diffamiert. Wie weit diese Entwicklung vorangeschritten ist, lässt sich unter anderem daran erkennen, dass in vielen Ländern Europas reaktionäre und/oder nationalistische Parteien im Aufwind sind, oder bereits Teile der Regierungen stellen und auch der religiöse Fanatismus immer mehr um sich greift.

Never step back! Erkämpfte Freiräume und Nischen verteidigen!

Die Liberalisierung des §218 StGB, die rechtliche Anerkennung homosexueller Partner*schaften, Frauen- und Mädchenhäuser und andere Schutzräume für Frauen sowie die Abschaffung des §175 StGB[2], sind nur einige Beispiele dafür, dass Feministinnen,

Schwulen- und Lesbenaktivist*innen und andere emanzipatorische Bewegungen es in jahrelangen und mühevollen Auseinandersetzungen geschafft haben, Staat und Gesellschaft in diesem Bereich einige strukturelle Veränderungen abzutrotzen. Doch selbst diese wenigen erstrittenen gesellschaftlichen Zugeständnisse scheinen biologistische Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, traditionelle Geschlechterrollen, das System der Zweigeschlechtlichkeit und die patriarchale Ordnung bereits so empfindlich zu stören, dass sie von religiös-fundamentalistischen, reaktionären und konservativen Kräften bekämpft werden. All diese kleinen Verbesserungen, Freiräume und Nischen gilt es zu verteidigen – wohl wissend, dass es sich um nichts mehr als Zugeständnisse und minimale Freiräume handelt und nicht etwa um die ersten Schritte zur Abschaffung der patriarchalen Verhältnisse.

*Das Absprechen der reproduktiven Selbstbestimmung durch die Kreuzzügler*innen richtet sich vor allem gegen Frauen, da meist sie diejenigen sind über deren Körper entschieden werden soll, wenn es um Schwangerschaftsabbrüche geht. Wir möchten keine Demonstration in der Männer für Frauen sprechen und demonstrieren, sondern eine, in der Männer solidarisch mit Frauen auf die Straße gehen. Deswegen haben wir uns entschlossen die ersten Reihen/den vorderen Teil der Demonstration als reinen FrauenLesbenInterTrans*-Block zu gestalten. Warum kein reiner Frauenblock, sondern auch Inter- und Trans*-Leute? Weil diese sowohl im Weltbild christlicher Fundamentalist*innen als auch in der Wahrnehmung von der Mehrheit der Gesellschaft nicht mal existieren, sie werden marginalisiert, zwangstherapiert und teilweise sogar zwangsoperiert um das „harmonische" der Zweigeschlechtlichkeit nicht zu gefährden. Auch dagegen möchten wir mit dieser Demonstration vorgehen und halten es für sinnvoll diese Thematik auch durch einen entschlossenen vorderen FLIT*-Block sichtbar zu machen.*

Mein Bauch gehört mir!

Die Frauenbewegung der 1970er Jahre forderte, dass Frauen nur selbst über ihren Körper bestimmen können und die alleinigen Entscheidungsträgerinnen beispielsweise über die Fortsetzung oder den Abbruch einer Schwangerschaft sein sollen. »Mein Bauch gehört mir!« – diese Parole konnte zumindest teilweise durch gemeinsamen, politischen Druck in die Praxis umgesetzt werden. Heute werden leider nur noch selten feministische Forderungen in die Öffentlichkeit getragen. Schwierige Lebenssituationen werden individualisiert und tabuisiert. So war auch der Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen früher häufig kollektiver und deshalb für einige Betroffene sicherlich einfacher. Erkämpfte Frauenräume machten es möglich Wissen weiter zu gegeben, Positionen zu entwickeln und sich gegenseitig bei Entscheidungen zu unterstützen. Der Verlust feministischer Freiräume äußert sich heute z.B. darin, dass ungewollt Schwangere nur noch selten darüber sprechen wenn sie über einen Schwangerschaftsabbruch nachdenken oder einen hatten. Oder darin, dass immer mehr Frauenhäusern und Beratungsstellen die Gelder gestrichen werden – obwohl die Anzahl der sexualisierten Übergriffe und Gewalttaten nicht abnimmt.

Jede*r ist ihres/ seines Glückes Schmied*in ?

In einer ungerechten, individualisierten und auf Konkurrenz beruhenden Gesellschaft gibt es keine wirklich freien Entscheidungen. Was als persönliche Freiheit, Flexibilität und Individualität versprochen wird, ist in Wirklichkeit Vereinzelung, Entfremdung und Entsolidarisierung und dient der optimalen Einsetzbarkeit in der kapitalistischen Verwertung und dem Ziel den*die Einzelne*n bestmöglich in die Gesellschaft zu »integrieren« und damit kontrollierbar zu machen. Wer in einer so normierten Gesellschaft scheitert, scheitert individuell, ist dann auch »selbst schuld« und »hat alleine damit klarzukommen«. Unter dem Label der freien Entscheidung und der persönlichen Autonomie werden Menschen gezwungen in und mit den vorgefertigten Normen und Werten zu leben. Die Möglichkeit das eigene Leben jenseits dieser Normen zu führen, z.B. homosexuelle Beziehungen oder Beziehungen mit mehreren Menschen zu haben, bewusst keine Beziehung zu haben oder ohne Kinder zu leben, scheint den meisten immer noch undenkbar. Mit Menschen zu leben, die sich weder als Mann noch als Frau definieren, scheint gar ein Tabu und unvorstellbar zu sein.

Für uns ist es wichtig diese gesellschaftlichen Werte und Normen zu hinterfragen und anzugehen und auch die eigenen Diskriminierungsstrukturen, Zwänge und Normierungen zu kritisieren. Zweigeschlechtlichkeit, Geschlechterrollen, männliche Dominanz, Heterosexualität und die romantische Zweierbeziehung als Normalität müssen gerade auch in einer Linken, die eine Utopie von einer herrschaftsfreien, kollektiven Gesellschaft hat, kritisch hinterfragt werden. Umso wichtiger ist die Erhaltung emanzipatorischer, autonomer Projekte um Alternativen weiterentwickeln und aufzeigen zu kön-

nen, um gemeinsam handeln und solidarisch für unsere Rechte streiten zu können. Und dabei geht es nicht darum Rechte nur für einzelne »Gruppen« zu erkämpfen – denn es gilt immer noch, dass kein Mensch frei sein kann, solange es nicht alle sind!

Lasst uns immer wieder einschreiten, wenn rechtskonservative Fundamentalist*innen die Straße erobern wollen und ihnen unsere Kritik und unsere Utopien entgegensetzen! Nicht wir schränken diese Leute ein, sondern diese Leute sprechen uns ab, selbst über unser Leben, unser Lieben und unsere Körper entscheiden zu dürfen! Aber wir entscheiden selbst – kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!

Für Selbstbestimmung in einer herrschaftsfreien und solidarischen Gesellschaft!

[1] Wir benutzen das »*« um deutlich zu machen, dass es Menschen gibt, die nicht in die engen Kategorien Mann und Frau passen (wollen). Wir schreiben später trotzdem von Männern und Frauen um deutlich zu machen, dass die soziale, geschlechtliche Positionierung in unserer Gesellschaft immernoch unterschiedliche Privilegien hervorbringt. Das zweigeschlechtliche System lehnen wir ab, eben weil es nur zwei Geschlechter kennt und akzeptiert und zudem in eine Hierarchie bringt.

[2] Der §218 verbietet Schwangerschaftsabbrüche. Der §175 stellte männliche Homosexualität zum Teil bis in die 1990er Jahre unter Strafe.

»Abtreibung«

Oder wie soziale und rechtliche Zustände einer Frau die Selbstbestimmung absprechen

Eine Zusammenarbeit von Stella und Affront, basierend auf Texten und Gesprächen mit Frauen mit Eigenerfahrungen

Eine feministische Perspektive einzunehmen, bedeutet, Selbstbestimmung einzufordern, für diese einzutreten. Ein Teil davon ist die körperliche Selbstbestimmung. So wie das Recht auf die Entscheidung zu sexuellen Erfahrungen bei den Betreffenden liegt, so ist es das Recht einer Schwangeren, zu entscheiden, ob sie gebären und mit einem Kind leben will. In diesem Sinne gilt es die notwendige Unterstützung für eine Schwangere einzufordern, egal, ob sie ›abtreiben‹ oder ein Kind austragen will. In diesem Text geht es nicht darum, Schwangerschaftsabbrüche in ›gut‹ oder ›böse‹ einzuteilen. Wir verwenden in diesem Artikel die Schreibweise ›Abtreibung‹, da uns bewusst ist, dass dies auch der Begriff ihrer Gegner_innen ist, doch ist es für uns auch der, unter dem dieses Thema gesellschaftlich diskutiert wird.

Schwangerschaftsabbrüche gibt es wahrscheinlich schon, solange es die heterosexuelle Sexualität gibt. Der gesellschaftliche Diskurs über den Eingriff ist nach wie vor erschreckend. Antifeministische Missstände werden auf den folgenden Seiten aufgeschlüsselt. Der Slogan »My Body My Choice« ist noch lange nichts für die Altkleiderkiste – leider. Gerade in den letzten Jahren nehmen christliche und rechte Bewegungen, solche, die sich selbst »Lebensschützer« nennen, und »Männerrechtsbewegung«, wieder Kurs auf die Mitte der Gesellschaft. Ein Teil ihrer Forderungen erscheint uns als Versuch, ein vermeintliches Recht auf ihren ›Stammhalter‹ durchfechten zu wollen. Feministische Positionen, die dazu aufrufen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung geltend zu machen, sind hier nach wie vor wichtige Gegenstandpunkte.

Der Kampf um selbstbestimmte Entscheidungen über Schwangerschaftsabbruch ist recht alt. Immer wieder traten

vor allem Frauen dafür ein, über ihren Körper selbst entscheiden zu können. Über Generationen gaben Frauen das Wissen um Methoden des Abbruchs an andere Frauen weiter. Die rechtliche Regulierung liegt über Jahrhunderte bei Männern. Schwangerschaftsabbruch war in Deutschland schon im Mittelalter bei Geldstrafe gesetzlich untersagt, mit Beginn der Neuzeit wurde sie dann bis 1794 mit dem Tod bestraft. In Folge galten langjährige Haftstrafen als geeignetes Sanktionsmittel – bis heute sind diese gesetzlich möglich. Der vielfach geänderte, aber bis heute gültige Paragraph 218 des Strafgesetzbuches wurde 1871 verabschiedet. In der gesamten Weimarer Republik war der Schwangerschaftsabbruchparagraph anhaltender Streitpunkt. In der NS-Zeit wurde die Todesstrafe für Schwangerschaftsabbruch wieder eingeführt. Bei von den Nazis als ›minderwertig‹ erachtetem Leben war Schwangerschaftsabbruch jedoch straffrei und Zwangssterilisationen gängiges Mittel. Mit dem Ende des Nationalsozialismus wurde diese Strafrechtsbestimmung von den Alliierten aufgehoben, die Strafbarkeit als solche jedoch nicht. Diese blieb auch in den späteren Verfassungen von BRD und DDR bestehen, die Regelungen unterschieden sich aber in den beiden deutschen Staaten. 1976 wurde der Paragraph 218 neu verfasst. Er sah weiterhin grundsätzlich eine Geld- oder Freiheitsstrafe vor, räumte aber Gründe ein, nach denen eine Straffreiheit gewährt werden kann: Es wurden medizinische, ›kriminologische‹, und Notlagesituationen anerkannt. Anfang der 90er verabschiedete der Bundestag das Schwangeren- und Familienhilfegesetz, das Fristen festlegt innerhalb derer der Eingriff stattfinden muss und eine Beratungspflicht einführt.

Es wäre zynisch zu behaupten, dass sich nichts getan hat im Laufe der Zeit. Keine einzige Gesetzesänderung zum Besseren fand jedoch ohne Kämpfe statt. Für das Selbstbestimmungsrecht kämpften mehrere Frauenrechtlerinnen schon um die Wende zum 20. Jahrhundert. Beispielsweise forderte damals Camilla Jellinek auf der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine kühn und radikal die ersatzlose Streichung des Paragraphen. 1929 fand die erste Kampagne von Frauen statt, die sich öffentlich zu einer ›Abtreibung‹ bekannten. Eine weitere gab es 1971 im Rahmen der zweiten Welle der feministischen Bewegungen.

International einheitliche Regelungen gibt es nicht, in Luxemburg beispielsweise ist Schwangerschaftsabbruch nicht straffrei, abgesehen von tatsächlichen lebensbedrohlichen Schwangerschaftsverläufen. Aber zurück nach Deutschland.

Was bedeutet eine »Abtreibung« heute?

Schwangerschaftsabbruch, auch genannt ›Abtreibung‹ oder medizinisch induzierter Abort bedeutet, wie der Name es ja auch schon sagt, einen beendenden Eingriff in eine Schwangerschaft. Es ist regional und kulturell verschieden, auf welche Mittel zurückgegriffen wird, um eine ›Abtreibung‹ einzuleiten. In Deutschland ist der Eingriff des Abbruchs für die Schwangere und Ärzt_innen illegalisiert – das regelt immer noch der §218 StGB. Trotz dieser Illegalisierung ist Schwangerschaftsunterbrechung straffrei, wenn sie in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft durchgeführt wird und die Schwangere an einer ›Schwangerschaftskonfliktberatung‹ teilgenommen sowie danach eine dreitägige ›Bedenkfrist‹ eingehalten hat. Ausnahmen für die Frist werden nur dann genehmigt, wenn das Leben der schwangeren Frau akut gefährdet ist oder schwere gesundheitliche Komplikationen während der Schwangerschaft auftreten. Übrigens: Das hier bisher Gesagte gilt exklusiv für Frauen, die einen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese Situation ermöglicht überhaupt erst den Zugriff auf die medizinische Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruches. Vielen Frauen, die mit ungesichertem Status in Deutschland leben, wird diese Behandlung komplett vorenthalten. Diese Frauen haben noch nicht einmal die Möglichkeit auf die vorhandenen, wenn auch ungünstigen Strukturen zurückzugreifen. Das ist nicht die einzige Leerstelle, die Debatten um Schwangerschaftsabbruch beinhalten. Von ausschließlich Frauen

zu sprechen greift zu kurz, auch wenn diese hauptsächlich betroffen sind. Aber es gibt durchaus auch gebärfähige Menschen, die sich nicht als Frauen verstehen und so keine sind.

Wenn eine Schwangerschaft erkannt wird, beginnt der Stress. Innerhalb einer kurzen Zeit müssen Ärzt_innen aufgesucht, Termine abgesprochen und wahrgenommen werden. Der Weg, den Frauen im Rahmen der Vorschriften gehen müssen, um in Deutschland den Eingriff genehmigt zu bekommen, führt über ein psychologisches Gutachten. Mittels dessen wird geprüft, ob der Abbruch die ›richtige‹ Entscheidung ist. Solche Gespräche können sich zu einer Bloßstellung der betroffenen Frau entwickeln. So kann es sein, dass ihr – entsprechend dem Diskurs – unverantwortliches Handeln, wie zum Beispiel ungeschützter Geschlechtsverkehr vorgehalten wird und auf diese Weise die Frau als die einzige Verantwortliche der Situation ausgemacht wird. Die gesetzliche Beratungspflicht entmündigt dann Frauen als nicht selbstständig entscheidungsfähig. Und in all diesem Stress soll dann in ›Ruhe‹ eine Entscheidung getroffen werden?

Ist der rechtlich vorgeschriebene Weg einmal angegangen, stehen heute verschiedene medizinisch erlaubte und angewandte Mittel zum Abbruch einer Schwangerschaft zu Verfügung: die Absaugmethode, die Curettage sowie der medikamentöse Abbruch. Die Absaugmethode sowie die Curettage sind operative Eingriffe, bei denen meist mit lokaler Narkose der Schwangerschaftsabbruch eingeleitet wird. Anders verläuft der medikamentöse Abbruch, bei dem unter ärztlicher Beobachtung verschiedene Pillen eingenommen werden, die dann die Ausscheidung des Embryos einleiten. In der Regel werden die Frauen kurz nach dem Eingriff aus der ärztlichen Obhut entlassen und können sich nach Hause begeben, sofern keine gesundheitlichen Risiken bestehen.

Wie Illegalisierung die Freiheit beschneidet

Einige Frauen stellen ihre Schwangerschaft jedoch erst außerhalb der 12-Wochen-Frist fest. Gründe dafür gibt es viele, etwa ein unregelmäßiger Menstruationszyklus oder das Ausbleiben typischer körperlicher Beschwerden beim Schwangerschaftsanfang. Konkret bedeutet dies für die Schwangere, dass ein regulärer Abbruch gar nicht mehr in Erwägung gezogen werden kann. Die Frist ist ein Faktor, der einer Frau ihre Selbstbestimmung darüber abspricht, eine Schwangerschaft dann zu beenden, wenn sie es als richtig empfindet. Aber auch mangelnde Akzeptanz des Umfeldes für einen Abbruch kann dazu führen, dass eine Frau nicht auf reguläre Wege zurückgreift. Die Schwangere selbst bleibt bei einem Abbruch nach den 12 Wochen bis zur 24. Schwangerschaftswoche straffrei, Ärzt_innen handeln jedoch strafbar. Einige Frauen haben durch eine finanziell privilegierte Situation die Möglichkeit vielleicht dennoch Ärzt_innen zu finden, die eine ›Abtreibung‹ medizinisch vornehmen. Diese Frauen machen jedoch nur einen geringen Teil der Personen aus, die sich mit der Situation einer Schwangerschaft konfrontiert sehen. Durch die verschärften ›Abtreibungsgesetze‹ kommt es immer wieder vor, dass Frauen durch selbst eingeleitete Abbrüche schwere medizinische Folgen davon tragen oder gar daran sterben. Viele Frauen sind sich des medizinischen Risikos bewusst, doch die Vorstellung einer Schwangerschaft oder eines Lebens mit Kind ist für sie noch undenkbarer. Wird ein Krankenhaus nach einem selbst herbeigeführten Eingriff aufgesucht, erfährt die Betroffene nicht immer die be-

nötigte Unterstützung. Es kann passieren, dass sie belehrt, beschimpft und beleidigt wird. Doch welche Möglichkeit steht einer im vierten Monat Schwangeren denn sonst offen? Nach dem Ablauf der Frist bleiben als Alternativen zur ungewollten Mutterschaft in Deutschland nur ein selbst herbeigeführter Eingriff, ein Eingriff durch Ärzt_innen, die sich damit strafbar machen beziehungsweise eine ›Abtreibung‹ im Ausland.

Diese rechtliche Lage in Deutschland zieht folglich immer wieder Frauen in Länder, in denen ›Abtreibung‹ auch zu einem fortgeschritteneren Zeitpunkt erlaubt ist. Wird diese Möglichkeit gewählt, hat sie zur Konsequenz, dass sich die Frauen möglicherweise in einer Gegend befinden, in der sie weder die Sprache beherrschen noch sich ein soziales Umfeld befindet, das die Schwangere unterstützen kann. Die sprachliche Barriere kann bedeuten, dass weder verstanden wird, was wann passiert, noch ein klärendes, auffangendes Gespräch geführt werden kann. Eine ›Abtreibung‹ im Ausland kann so zu Verunsicherungen und völligem Alleinsein führen. Letztlich steht auch die Option Ausland nur Frauen offen, die die finanziellen Möglichkeiten haben, sich eine Reise zu leisten und die die Informationen darüber finden, an welche Klinik sie sich wenden können.

Kurzum: Die derzeitige rechtliche Lage in Bezug auf ›Abtreibung‹ ist ein einziges Desaster. Es sollte wahrgenommen werden, dass Frauen vielleicht auch gar keine emotionale Regung bezüglich einer ›Abtreibung‹ haben, der Druck von Fristen und Begutachtungen sowie die vermittelten gesellschaftlichen Moralvorstellungen können Gründe sein, die einen Eingriff zum Stressfaktor machen. Eine psychologische Nachbetreuung wird jedoch in den seltensten Fällen angeboten, so müssen sich die Frauen selbst organisieren und eine Unterstützung aufsuchen, wenn diese denn gewollt und gebraucht ist. Die Unterstützung nach einem Eingriff wird nicht als wichtig genug empfunden, um eine Infrastruktur anzubieten, auf die, ganz nach Bedürfnis, zurückgegriffen werden kann. In mehreren Städten und Gegenden gibt es Zusammenschlüsse von Menschen, die in kleinen Kreisen eine derartige Vor- und Nachbereitung anbieten. Meist aber bleiben Frauen mit den – gesellschaftlich produzierten – Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs allein. Ganz nach dem Motto: »Du wolltest diesen Eingriff machen, nun guck mal, dass du klar kommst«.

Gebärmaschine Frau?
Gesellschaftliche Diskurse um ›Abtreibung‹

Viele Frauen, die sich zu einer ›Abtreibung‹ bekennen, erfahren nach wie vor in vielen Gesellschaften Ächtung für ihre Entscheidung. Die Frage danach, ob ein Abbruch gesellschaftlich als legitim gewertet wird, hängt auch von der Lebenssituation der Schwangeren ab. So wird ein Abbruch teilweise bei einer unverheirateten Minderjährigen anders bewertet als bei einer Schwangeren, die in der ›Blüte ihres Lebens‹ steht. Im öffentlichen Sprechen über Schwangerschaftsabbruch werden verschiedene Gründe angeführt, ›Abtreibung‹ abzulehnen. Schwangerschaft wird dagegen ausschließlich mit positiven Faktoren umschrieben. Diese sei ›Leben bringend‹, ›kulturerhaltend‹, ›Schicksal‹, ›natürlich‹, oder ›sie ergänzt das Glück einer (heteronormativen) Zweierbeziehung‹. Die Moralkeule wird mit dem Bild des ›getöteten Ungeborenen‹ geschwungen. Nicht nur religiöse Fundamentalist_innen verurteilen Frauen, die einen solchen Eingriff vornehmen.

Im Einklang mit der Natur?

Oft wird der Akt einer ›Abtreibung‹ mit Unverständnis gestraft, da Frauen ihren Körper, und somit den heranwachsenden Fötus, doch gar nicht derart ablehnen könnten. Die Erwartung sieht vor, dass sich Frauen zu jeder Zeit in Einklang mit ihrer ›natürlichen‹ Rolle befinden sollten. Die Mutter wird in diesem Diskurs als ›Lebenschenkende‹ hervorgehoben. Der Diskurs der naturgemäßen Mutterschaft übt einen immensen Druck auf werdende Mütter aus. Einer potenziellen Mutter wird eine sexistische und auf ihr Gebären reduzierte Rolle zugewiesen. Diese Haltung kann sich unter Umständen entsprechend in den Abläufen eines Schwangerschaftsabbruchs widerspiegeln. Eine sofortige emotionale Bindung zu dem Embryo wird als gegeben angenommen. Jede andere Haltung gilt als nicht normal, als verquer..

Emotionale, auf Sympathie aufgebaute Bezüge kann mensch jedoch nicht erzwingen. ›Natürlich‹ wird auch die Vorstellung einer heterosexuellen Beziehung, aus der in ihrer Vollendung ein Kind entsteht, gefunden. Die Diskurse um Mutterschaft stärken so auch die Vorstellung, in der eine ›Abtreibung‹ eine Zuwiderhandlung gegen die gelungene Beziehung darstellt. Staat und Gesellschaft ziehen einen Nutzen aus dieser Rollenzuschreibung, da die fürsorgende Mutter ihre reproduktive Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Deutschland muss sterben?

Eine Schwangerschaft wird darüber hinaus gesellschaftlich meist als ›Kultur erhaltend‹ verstanden. Bei diesem Argument geht es nicht nur um das vermeintliche Glück von Frau und Familie, sondern ums Eingemachte, um ›Volk‹ und Rente. Verknüpft wird das Thema Schwangerschaftsabbruch mit einem vermeintlichen ›demographischen Wandel‹. Deutschland stirbt aus – so die Befürchtung. Dagegen sollen Kampagnen für das Glück und den Sinn der Fortpflanzung werben. Die Sorge um den Nachwuchs drückt sich in bisweilen absurden Annahmen aus: Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch führe zu Geburtenrückgang bis hin zum ›Aussterben des Volkes‹. Was mit ›Volk‹ gemeint ist, wird schnell deutlich, führt man sich vor Augen, dass bitte nicht alle Frauen gebären sollen. Bei manchen Frauen wird das In-die-Welt-Setzen von Kindern nicht als Glück angesehen, jedenfalls nicht als Glück für die deutsche Gesellschaft. Glaubt man dem Sozialdemokraten Thilo Sarrazin, ist es nicht gerade wünschenswert, dass sozial benachteiligte und ›muslimische‹ Frauen Kinder bekommen. In diesem Diskurs wird auf breiter Ebene die rassistische Ansicht vertreten, ›Muslima‹ und sozial Benachteiligte wären besonders ›gebär-

freudig‹. Das bedrohe die ›deutsche Kultur‹. Doch es geht auch um ein ›gesundes Volk‹. So werden Diagnostiken um die Frage einer ›Behinderung‹ des Fötus vollzogen. Wird ein Fötus als möglicherweise ›behindert‹ eingestuft, so wird der Schwangeren vermittelt, dass ein Abbruch in diesem Falle durchaus vertretbar sei. Gilt die Schwangere selbst als ›behindert‹, wird sogar dringend zu einem Abbruch geraten. Diese Angst um den ›Volkskörper‹ ist nicht neu. Mal waren es Ideen von ›gefährlichen Klassen‹, mal solche von ›unreinen Genen‹, mit denen eine Mutterschaft von Teilen der Gesellschaft abgelehnt wurde.

Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes – Auf Kosten der Frauen, der Freiheit und der Selbstbestimmung

In konservativ christlichen Vorstellungen wird Geschlechtsverkehr außerhalb einer geregelten Beziehung verurteilt. Gleichzeitig ist Schwangerschaftsabbruch als eine Widersetzung gegen die ›göttliche Fügung‹ in christlichen Kontexten eine Sünde. Die schockierende Verurteilung von Verhütungsmitteln von Teilen des Christentums ergänzt diese antiemanzipatorische Haltung auf zynische Weise. In letzter Zeit organisieren einige christliche Gruppen wiederholt »Tausend-Kreuze«-Märsche gegen ›Abtreibungen‹. Dass Selbstbestimmung nicht unbedingt ein christlicher Wert ist, ist hinlänglich bekannt. Dieses absurde Verständnis wird zuweilen drastisch vermittelt. Bilder von abgetriebenen Föten werden bei diesen Aufzügen gezeigt, lebensgroße Embryos verteilt und hier und da hört man das Schlagwort »Babycaust«, mit dem fundamentalistische Christ_innen oft gemeinsam mit extrem Rechten Schwangerschaftsabbruch in eine Nähe zur Shoa stellen. Wahlweise werden so die Opfer der industriellen Massenvernichtung mit Föten verglichen oder ›abtreibende‹ Frauen mit SS-Schergen und ›Abtreibungsärzt_innen‹ mit NS- Mediziner_innen.

Schein und Sein

In Deutschland wachsen wir als Frauen mit dem Verständnis der Emanzipation und Freiheit auf, erkämpft von Genoss_innen in vergangenen Jahrzehnten. Geschwollen und stolz wird uns zum Beispiel von deutschen Politiker_innen kommuniziert, wie ›entwickelt‹ Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ist. Und dann kommt die Realität. Trotz jahrelanger Kämpfe, Diskussionen, Demonstrationen und Veröffentlichungen befassen wir uns immer noch mit einem Basispunkt der Befreiung und Selbstbestimmung von Frauen. Tatsächlich müssen wir uns absurderweise immer noch mit grundlegenden Fragen wie dem Verfügen über den eigenen Körper rumschlagen. Da wir politische Kämpfe nicht voneinander getrennt sehen möchten, wollen wir hier auch keine symptombehandelnden Verbesserungsvorschläge geben. Selbstorganisierte Beratungsstellen einzufordern, reicht uns nicht. Eine Entscheidungsmöglichkeit, für ein Kind ebenso wie für einen Schwangerschaftsabbruch, kann nur dann tatsächlich für alle Frauen wirken, wenn auch rassistische und kapitalistische Strukturen überwunden sind, die bislang Zugänge und Möglichkeiten verhindern. Die Forderung nach körperlicher Selbstbestimmung sehen wir als tragenden Teil auf dem Weg zu Gleichberechtigung und gesamtgesellschaftlicher Befreiung.

Zum Weiterlesen:

Diehl, Sarah (Hg.) 2007: Deproduktion. Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext. Aschaffenburg

geklaut aus: Affront (Hg.): Darum Feminismus! - Diskussionen und Praxen

Positionspapier:

Neue Reproduktionstechnologien – Selbstbestimmung – Selektion

Es geht uns in diesem Positionspapier nicht um ein Abarbeiten an konkreten Gesetzen oder darum, Forderungen nach Verboten aufzustellen. Vielmehr wollen wir den mit den reproduktiven Diagnoseverfahren verbundenen Machbarkeits-Diskurs angreifen und die »Normalität« dieser Praxis in Frage stellen. Außerdem geht es uns darum, innerhalb von queer/feministischen Zusammenhängen eine kritische Debatte über Fragen zu Reproduktion und reproduktiven Technologien zu führen.

Selbstbestimmung – was bedeutet das?

Das Recht auf »Selbstbestimmung« war eine der zentralen Forderungen der 2. Frauenbewegung. Mit Slogans wie »Mein Bauch gehört mir« reklamierten die Frauen Anfang der 1970er Jahre, unabhängig von Eltern, (Ehe) männern und auch ohne Beeinflussung durch den Staat über ihren Körper und ihre Lebensführung selbst entscheiden zu wollen und zu können. Dies war ein wichtiger Schritt der Selbstermächtigung gegen das patriarchale System. Die Forderung, dass keine_r über den Köper und den Lebenswandel einer Frau entscheiden können soll, ist auch heute noch berechtig und wichtig.

Heute wird der Begriff jedoch häufig in einer individualistischen Engführung benutzt, die nur noch meint, dass jede Frau das Recht haben soll, das, was sie möchte auch zu bekommen. Selbstbestimmung wird individuell eingefordert, ohne die Frage nach der sozialen Bedingtheit der Wünsche zu stellen. Diese Individualisierung in Bezug auf Selbstbestimmung findet in einem historischen Moment statt, in dem die Verantwortung für soziale Absicherung immer weiter privatisiert und individualisiert wird. Jede_r einzelne wird dazu gedrängt, informierte Entscheidungen zu treffen, deren Konsequenzen nicht mehr gesellschaftlich verhandelt, geschweige denn abgefedert werden, sondern alleine getragen werden müssen.

Eine von grundlegender gesellschaftlicher Kritik an den schlechten Verhältnissen gelöste Forderung nach Selbstbestimmung ist individualistisch, unpolitisch, eurozentrisch, ahistorisch und bietet mannigfache Anschlusspunkte für neoliberale Diskurse. Unter dem Label der freien Entscheidung und der persönlichen Autonomie wird das

»gewählt«, was am besten zu passen scheint – oft nur die Weiterführung machtförmiger Verhältnisse im Privatleben. In einer auf Zwängen, Ungerechtigkeiten und Konkurrenz beruhenden Gesellschaft kann es jedoch keine wirklich freien Entscheidungen geben.

Unser Eindruck ist, dass auch bei Feministinnen der Selbstbestimmungsbegriff nicht immer gesellschaftskritisch sondern rein individualistisch benutzt wird und Fragen nach bevölkerungspolitischen Implikationen bestimmter Entscheidungen ignoriert werden. Das wird besonders deutlich bei der Positionierung zu PND/PID.

Behinderung und Selektion

Wir wenden uns gegen eine Definition von »Behinderung« als »krank« und als identitäres Merkmal der »Betroffenen« in zwangsläufiger Verknüpfung mit »Leiden«. Die Annahme, dass dieses »Leiden« verhindert werden könne und auch müsse, führt zu einem Selektions-Prozess und einer »Eugenik von unten«.

Wir kritisieren die weitverbreitete und normalisierte Anwendung von Pränataldiagnostik (PND), zu der auch Ultraschalluntersuchungen gehören, und die kürzlich erfolgte Legalisierung der Präimplantationsdiagnostik (PID). Mit Selbstbestimmung als emanzipatorischem Freiheitsbemühen haben Methoden wie PND/PID nichts zu tun.

Die Forderung nach individueller Entscheidungsfreiheit über Abtreibung richtet sich bewusst oder unbewusst gegen die herrschenden, patriarchalen Verhältnisse und gegen das immer noch geltende Frauenbild als Mutter und Fürsorgerin. Durch die Forderung, dass Frauen über ihre eigenen Körper ohne die Erlaubnis des Erzeugers oder des Staates entscheiden können sollen, wird gleichzeitig die Frau als autonomes selbstverantwortliches Subjekt postuliert. Die Forderung nach der Abschaffung des § 218 ist also emanzipatorisch und auf die Befreiung von Bevormundung gerichtet.

Die immer weitere Ausbreitung von PN- und PI-Diagnoseverfahren ist hingegen als Ausweitung der Möglichkeiten zur »Normalisierung« und »Optimierung« zukünftigen Nachwuchses zu sehen. Ängste und Befürchtungen, die mit einer Schwangerschaft häufig verbunden sind, werden in einem technisierten Machbarkeitsdiskurs durch eine Fokussierung auf diese Diagnoseverfahren von gesellschaftlichen Bedingungen (Situation am Arbeitsplatz, Aufteilung der Sorgearbeit, unzureichende Versorgungssituation) weg- und zu möglichen individuellen Erschwernissen (»mit einem behinderten Kind geht das ja gar nicht«) hingelenkt. Die Sorge um die Möglichkeiten der Entscheidung über die eigene Lebensführung mit Kind führt zu einem selektiven Prozess, in dem vormals gewünschte Kinder, denen ein erhöhter Pflegebedarf prognostiziert wird, im Zuge einer »Eugenik von unten« aussortiert werden. Die gesellschaftlich herrschenden Normierungen und Zurichtungen werden von den Frauen vielleicht nicht ohne Zweifel, aber häufig kritik- und widerstandslos ausgeübt. Frauen sind in diesem Prozess keine Opfer sondern (Mit-) Täterinnen, die durch ihre individuelle Entscheidungen zur »Bevölkerungsoptimierung« beitragen.

Gegen die Anti-Argumente der »Lebensschützer«

Die christlichen Fundamentalist_innen haben ihren »Marsch für das Leben« am 22. September [2012 in Berlin, Anm. d. Red.) unter das Motto »Gegen Abtreibung und Euthanasie« gestellt. Jede Abtreibung ist für sie Mord, Sterbehilfe und Abtreibung nach Pränataldiagnostik bezeichnen sie als »Euthanasie«. Da Gott allein über Leben und Tod bestimmen soll, fordern sie das ausnahmslose Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und von reproduktiven Technologien. Jedes Kind muss in dieser Logik als »Gottesgeschenk« angenommen werden. Die Frau als Subjekt jedoch kann die Entscheidung für oder gegen ein Kind nicht in die Hände welchen Gottes auch immer geben. Eigenverantwortliches Handeln bedeutet, unter den jetzt gegeben Umständen die Konsequenzen ihrer Entscheidung relativ alleine zu managen. Dazu gehört auch zu entscheiden, ob sie die Belastungen tragen kann, die die Diagnose »behindertes« Kind in dieser behindertenfeindlichen Gesellschaft beinhaltet.

Abtreibungen als »Euthanasie« zu bezeichnen, sie also gleichzusetzen mit der systematischen und massenhaften Ermordung als behindert und psychisch gestört diagnostizierter Menschen im Nationalsozialismus, ist eine Verharmlosung der NS-Verbrechen und ein strategischer Versuch, Frauen, die die Entscheidung zu einer Abtreibung getroffen haben, mit Naziverbrecher_innen gleichzusetzen.

Perspektiven

Wir wollen den fragwürdig gewordenen Begriff Selbstbestimmung nicht aufgeben, sondern ihn wieder politisch füllen und die Forderung nach möglichst freier Entscheidung jeder und jedes einzelnen mit einer Kritik an machtförmigen Begrenzungen verbinden. Ein gesellschaftlich gedachter Selbstbestimmungsbegriff soll dazu beitragen, gute Lebensbedingungen für alle zu ermöglichen.

Um die aufgeworfenen Probleme zu lösen, ist es notwendig, grundsätzlich die momentanen Verhältnisse in Frage zu stellen und sich Gedanken darüber zu machen, wie wir eigentlich zusammen leben wollen. Wir wollen über andere Formen von Familie und Verwandtschaft nachdenken als die der heterosexuellen Kleinfamilie. Kinderplanung soll keiner Bewertung unterliegen, wer wann wie am besten Kinder bekommen sollte. Die Dichotomie von »gesund« und »krank« muss aufgebrochen werden und Behinderung muss als soziales Modell verhandelt werden, so dass der Fokus auf den gesellschaftlich bedingten Beschränkungen liegt.

Wir alle sind auf Pflege und Fürsorge angewiesen. Die gesellschaftliche Organisation von Pflege muss wieder stärker Teil einer politischen Auseinandersetzung sein. Überhaupt brauchen wir eine Gesellschaft, die nicht auf Konkurrenz- und Leistungsdenken basiert.

kritische.feministinnen@riseup.net

Stand September 2012

renitente weibliche person

nachdenken über den tod der christy schwundeck

Der Tod einer Sachbearbeiterin im Neusser Arbeitsamt ist nicht der einzige Fall einer tödlich endenden Eskalation in einem Jobcenter, einem Kulminationspunkt am Ende einer Kette konflikthafter sozialer Verhältnisse.

Im Mai 2011 war Christy Schwundeck, »Kundin« des Jobcenters im Frankfurter Gallus-Viertel, auf dem Amt von einer herbeigerufenen Polizistin erschossen worden. Nach neun Monaten Ermittlung schloss die Staatsanwaltschaft die Akte Schwundeck im Februar 2012 und folgte damit der Aussage der Schützin, sie habe in Notwehr gehandelt.

Die Nebenkläger – der Ehemann und der Bruder der Getöteten – reagierten zwischenzeitlich mit Anträgen auf Klageerzwingung, über die vermutlich noch in diesem Jahr entschieden wird. Sollten diese Erfolg haben, würde ein Prozess eröffnet werden, der die Untersuchung der Umstände ihres Todes darlegen könnte. Insbesondere die von Christy Schwundeck verursachte Verletzung eines Polizeibeamten mit einem Messer sowie die Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Waffeneinsatzes wären dann Gegenstand des Prozesses. Eine Bewertung der fachlichen Abwicklung des Anliegens von Christy Schwundeck wäre dagegen nachrangig – sie wollte den restlichen, ihr zustehenden Regelsatz als Barauszahlung, dies wurde ihr verweigert.

Der folgende Beitrag widmet sich anhand der Ermittlungsakte der Frage, welche sozialstaatlichen Konflikte in dem »Fall Schwundeck« zum Ausdruck kommen und zu der tödlichen Eskalation beitrugen.

Kurzfristig zerrte der gewaltsame Tod von Christy Schwundeck im Mai 2011 die emotionale Bedeutung von »Hartz IV« für die Betroffenen ans Tageslicht, zeigte aber auch zermürbende Reaktionen der Gesellschaft in Form von Schuldzuweisungen und Verleumdungen sowie die Verrohung des bürokratischen Apparates und die Verschränkung von staatlicher Gewalt, institutionellem und individuellem Sadismus. Die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft präsentiert sich vor diesem Hintergrund als ein Dokument des kalten Desinteresses an dieser Bürgerin. An einer Scharnierstelle, dort, wo staatliches Gesetz im sozialen Bereich umgesetzt wird, wurde es zur Aufgabe der Sicherheitsdienste und der Polizei, einen »Fall« durch Hausverweise bzw. die Durchsetzung eines Hausverbots zu ›lösen‹. Nicht ohne Grund sind in vielen Jobcentern der Bundesrepublik dauerhaft Sicherheitsdienste stationiert.

Unser Anliegen ist es, die Rückbildung und Deformation des Sozialstaates an dieser – zunehmend konfliktbeladenen – Schnittstelle zwischen MitarbeiterInnen von Jobcentern und LeistungsbezieherInnen zu beschreiben und begreifbar zu machen.

I. Eine existenzielle Notlage

»... ich bleibe hier, bis ich mein Geld habe«, »nur mit Geld gehe ich hier raus« (Christy Schwundeck lt. Ermittlungsakte, S. 183f.).

In ihrem Leben war Christy Schwundeck nicht auf Rosen gebettet: Aufgewachsen in Benin City in Nigeria, kommt sie Anfang der neunziger Jahren nach Deutschland, beantragt Asyl, erhält eine Aufenthaltsgenehmigung und schließlich 2009 nach gelungenem Einbürgerungstest (32 von 33 Punkten) die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr vorletzter Wohnort war eine bayrische Kleinstadt, Aschaffenburg, wo sie 2008 einen Deutschen geheiratet hatte. Trotz ihrer sehr guten Deutschkenntnisse arbeitet sie weiterhin nur in miesen Aushilfsjobs. Im Spätsommer 2010 trennt sie sich von ihrem Ehemann und ist anschließend auf den Bezug von Hartz IV angewiesen.

Im Frühling 2011 zieht sie, nach vorübergehendem Aufenthalt in Wiesbaden, in ein Wohnheim in Frankfurt am Main, beantragt dort Hartz IV und bittet um Unterstützung bei der Wohnungssuche. Kurze Zeit später findet sie einen Job als Küchenhilfe. Den Lohn für ihre Arbeit hat sie noch nicht erhalten, als sie sich erneut an das Amt wendet. Das überweist ihr am 17. Mai 10,26 Euro für den Monat – einen Betrag, den das Amt als Restanspruch für sie ausgerechnet hat. Doch am 19. Mai – der Tag, an dem sie erschossen wird – hat sie laut Ermittlungsakte »9 Cent« in der Geldbörse, »im Magen nur eine ganz geringe Menge einer sämigen, grünlich-bräunlichen Flüssigkeit«. Bei der Obduktion ergeben sich bei ihr keine Hinweise auf Drogen- und Betäubungsmittel.

In der letzten Stunde ihres Lebens wurde, so unser Eindruck nach der Lektüre der Akte, Frau Schwundeck Wahrnehmen und Einfühlen in ihre Not verweigert. Sie erscheint am 19. Mai gegen 8.30 auf dem Amt und trägt ihr Anliegen

vor: Mehrere Zeugen, darunter auch der später gerufene Polizist, sagen aus, dass sie den restlichen Regelsatz gefordert habe und dies als Barauszahlung.

Doch die beteiligten Jobcenter-Mitarbeiter hören Frau Schwundeck offenbar nicht richtig zu und fragen auch nicht nach. So bleibt die – eigentlich naheliegende – Möglichkeit, dass der Unterhalt des Ehemannes lediglich auf dem Papier geflossen sein könnte und nicht wie im Hartz IV-Antrag angekreuzt, unbeachtet.

Dabei kannte sie ihre Ansprüche offenbar: Vom Jobcenter Wiesbaden, ihrem vorherigen Aufenthaltsort, hatte sie »für den Zeitraum Dezember 2010 bis April 2011 monatliche Regelleistungen in Höhe von 359 Euro (Dezember 2010) bzw. 364 Euro (Januar bis April 2011)« erhalten. (S. 329)

Wieso konnten beide Sachbearbeiter nicht genauer zuhören und der Frage nachgehen, warum sie so beharrlich auf diesem Geld bestand? Stattdessen wird um 8.52 Uhr bereits die Polizei verständigt, um sie aus dem Jobcenter zu verweisen. Weniger als eine halbe Stunde wurde ihr damit insgesamt zugestanden, um ihre Situation zu besprechen und ihr Anliegen zu klären. In der Ermittlungsakte finden sich dabei weder Hinweise, dass über die zu suchende Wohnung gesprochen wurde, noch dass ein neuer Termin verabredet wurde.

Auch gibt die Ermittlungsakte interessanterweise her, dass erst der Polizist Frau Schwundeck auf die Möglichkeit rechtlichen Beistands durch Anwälte und das Sozialgericht aufmerksam gemacht hatte – und nicht die Mitarbeiter des Jobcenters. Es liegt nahe, hier an Abstumpfung und das Konzept einer »Déformation professionelle« zu denken.

Was passierte dann? Laut Ermittlungsakte füllt sich das kleine Büro, in dem Frau Schwundeck wegen ihrer Mittellosigkeit sitzt und sich trotz und nach der ablehnenden Auskunft des Sachbearbeiters zu gehen weigert: Der Teamleiter kommt dazu, zwei Sicherheitsmänner werden gerufen, die Polizei kommt, irgendwann steht auch noch die Sachbearbeiterin aus dem Nachbarbüro in der offenen Verbindungstüre.

Es scheint, dass Christy Schwundeck in der letzten Stunde ihres Lebens einem enormen sozialen Druck ausgesetzt war. Diese Situation kommentiert und bewertet ein Blogeintrag wie folgt:

»Die Frau hat begriffen, dass sie in einer Notlage ist. Und da bleibt die Frau einfach da und geht nicht weg, bevor ihr geholfen wird. Dann kommt der Sicherheitsdienst und will sie raus haben, droht mit Hausverbot, baut Druck auf. Und da bleibt die Frau einfach da und geht nicht weg, bevor ihr geholfen wird. Dann wird die Polizei gerufen. Bis die Polizei da ist, dauert es. Der Sicherheitsdienst baut weiter Druck auf. Und da bleibt die Frau da und geht nicht weg, bevor ihr geholfen wird. Dann kommt die Polizei. Und da bleibt die Frau da und geht nicht weg, bevor ihr geholfen wird. Ich bewundere diese Frau.« (www.initiative-christy-schwundeck.blogspot.com)

Die Akte stellt eine andere Perspektive auf die Situation dar: Um 9.01 Uhr treffen die gerufenen Polizeibeamten auf »eine renitente weibliche Person« (so der Polizeifunk laut Ermittlungsakte). Auf den Einsatz des mitgeführten Pfeffersprays, der u.E. die Situation seitens der Polizei deutlich hätte deeskalieren können, wird verzichtet. Stattdessen wird von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.

Vergebens suchen wir in der Ermittlungsakte nach Ansätzen und Spuren von Einfühlung in ihr Anliegen, ihre Motive und Beweggründe und vor allem in den Gefühlssturm, in den Frau Schwundeck geraten sein muss. Wahrgenommen wurde offenbar nur eine abstoßende Gewalttat – das Steakmesser, das Christy Schwundeck aus ihrer Handtasche zog und der Angriff, den sie damit gegen den Polizisten ausführte. Eine mögliche These wäre, dass sich hier die ›professionellen‹ Deformationen von Langzeiterwerbslosen verschränken mit der »Déformation professionelle« von Behörden-MitarbeiterInnen.

Der Ehemann berichtet uns, seine Frau habe in den Jobcentern Aschaffenburg und Wiesbaden die Erfahrung gemacht, dass sie, nach geltender Rechtslage, eine Barauszahlung erhalten kann, wenn eine Notsituation vorliegt. Dies sieht § 42, S. 2, SGB II ausdrücklich vor, wie auch ein Frankfurter Erwerbslosenberater bestätigt: »In einer Notsituation – ohne Bargeld – hätte ein Vorschuss bewilligt werden müssen. Der Ermessensspielraum reduziert sich in einem solchen Fall gegen Null. (...) Die Kontoauszüge müssen vorliegen, um die

Hilfsbedürftigkeit zu belegen. (...) Das Anliegen ›Barauszahlung‹ ist wie jeder Antrag zu bewerten und zu bearbeiten. Der Sachbearbeiter muss diesen entgegen nehmen und (schriftlich) bescheiden. Eine Ablehnung muss der Antragsstellerin in Schriftform ausgehändigt werden, zusammen mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch beim Sozialgericht zu erheben.«

Im Asservaten- und Spurenverzeichnis der Ermittlungsakte ist weder der Antrag auf Barauszahlung von Frau S. noch die schriftliche Ablehnung des Antrages vorhanden.

II. System mit Zwangscharakter

Das Jobcenter ist Teil eines Systems, das wegen der Unzufriedenheit der Menschen jeden Tag aufs Neue durch Zwangsmaßnahmen aufrecht erhalten werden muss. Ein System, dass über »Hartz IV« dazu führt, dass ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Armut leben. Ein System, das diejenigen, die abhängig beschäftigt sind und einen Niedriglohn bekommen, und diejenigen, die ausschließlich auf Hartz IV angewiesen sind, bei der Jagd nach vermeintlichen Arbeitsplätzen gegeneinander ausspielt. Das Jobcenter ist nicht zuletzt auch das Amt in der Bundesrepublik, das ein Heer von jederzeit verfügbaren LeiharbeiterInnen bereit stellt und hält.

Für die Betroffenen stellt es sich als scheinbar anonyme, empathielose Macht dar, der sie mit Misstrauen begegnen; keine soziale, vielmehr eine dem kapitalistischen Markt verpflichtete Behörde. Es verwundert nicht, dass »dem Sozialen«, genauer: sozialen Rechtsansprüchen so häufig erst über die Sozialgerichte Geltung verschafft werden muss.

Es geht um die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung, so sagen es die Prediger des Neoliberalismus, in der der Mensch sich als Ware, als Unternehmer oder gar als Aktie, kurz: als Humankapital zu verstehen hat und selbst vermarkten soll; ein soziales Gefüge, in dem Menschen sich nicht mehr gegenseitig als Menschen, mit Grundrechten versehen, wahrnehmen und begegnen können, sondern als »Überflüssige« zur Aufrechterhaltung des Systems, als Warnsignal und Druckmittel fungieren sollen. Für die Regierung, für deren PropagandistInnen und auch für die MitarbeiterInnen der Jobcenter sind wir abstrakt »KundInnen« (im Unterschied zu vielen anderen KundInnen allerdings nicht kreditwürdig), nicht konkrete Individuen mit einem Recht auf Freiheit und Glück. Um uns unsere Unfreiheit und Abhängigkeit demonstrieren zu können, wurde der § 31 des SGB II mit seinen abgestuften Sanktionsmöglichkeiten geschaffen, der uns bei einem Verstoß in Zwangsmaßnahmen zuweist oder die materielle Existenzgrundlage nimmt.

Die Vergabe von Einkommen ohne Lohnarbeit nach »Hartz IV« erfolgt nach Sozialgesetzen, die nicht bedin-

gungslos sind und die Menschen isoliert und ohnmächtig den Jobcentern preisgeben. Dieses Macht- und Unterdrückungsverhältnis wird durch die Jobcenter mittels unterschiedlicher Instrumente tagtäglich neu befestigt. Eines dieser Instrumente ist der Ermessensspielraum: So entscheiden auch bei klarer Rechtslage die Sachbearbeiter in dieser Machtbeziehung darüber, ob einem Menschen eine Grundsicherung zusteht und ob die Verwaltung ihm diese aufgrund ihres Ermessensspielraums gewährt oder nicht. Ob z.B. auch die Wohnkosten übernommen werden, oder ob es Gründe gibt, diese essenzielle Lebensgrundlage zu versagen, entscheidet ein Einzelmensch im Apparat der Jobcenter.

Erwerbslose und NiedriglöhnerInnen sind so gezwungen, sich durch Wohlverhalten unter diese Macht der Jobcenter und ihrer Angestellten zu beugen, um wenigstens eine kleine Menge Geldes zu erhalten. Dieses Verhältnis, in dem sich Momente institutioneller und persönlicher Macht verschränken, macht die Hilfe suchenden Menschen klein und entmündigt sie.

Mehr Geld als diese sog. »Grundsicherung« steht dem lohnabhängigen Menschen nur bei gelungenem Verkauf der Ware Arbeitskraft zu, und selbst dann ist es oft zum Leben zu wenig. Wir alle sind gezwungen, uns dem kapitalistischen Normalvollzug zu unterwerfen, bei Strafe des eigenen Untergangs. Hat ein Mensch sich selbst im Sinne des Kapitals nicht gut verkauft, so ist die doppelte Unterwerfung im Arbeitsleben und gegenüber dem Jobcenter mittlerweile gängige Konsequenz. Besitz- und eigentumslose Menschen haben die »Wahl«, mühsam ihr Leben zu reproduzieren, indem sie ihre Haut zu Markte tragen und sich dabei dem erbitterten Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt unterwerfen, oder den Gang zum Jobcenter anzutreten – heute oft auch beides gleichzeitig, wie ein Heer von »Aufstockern« zeigt.

Ein Entrinnen aus diesem Hamsterrad, so stellt es sich für viele Betroffene als unmittelbare Erfahrung dar, gibt es nicht. Und diese Menschen werden dann als »Parasiten« (Wolfgang Clement) oder als »Wohlstandsmüll« (Helmut Maucher, ehemaliger Nestlé-Vorstand), kurzum: als nicht-menschliche Wesen bezeichnet, die, so soll uns Glauben gemacht werden, ihr Elend selbst produziert haben.

Wir bedanken uns beim Ehemann von Frau Schwundeck, der uns Zugang zur Ermittlungsakte ermöglichte, sowie bei allen, die uns ihre Zustimmung gaben, Bloginhalte bzw. Interviews verwenden zu dürfen. Eine große Unterstützung war auch das Zusammenstellen von Passagen aus den Sozialgesetzbüchern, besonders die Beschreibung der gesetzlichen Formalien bei der Bearbeitung des Antrages auf Barauszahlung.

aus: express 9/2012

Arbeitskreis Christy Schwundeck
www.ak-cs.de

»Centri sociali gibt es genug«

Selbstorganisation gegen die Krise. In Rom werden wieder Häuser besetzt.

»Das nennen sie hier ›urbane Requalifizierung‹«, sagt Monia Cappuccini, während sie an einer futuristischen Konstruktion aus Glas und Beton vorbeifährt. Es ist »Eataly«, das Megastore der Slow-Food-Bewegung, ein Tempel für Feinschmecker, in dem auf 17 000 Quadratkilometern ausschließlich Qualitätslebensmittel verkauft werden. »Ein überflüssiger Ort, der aber die Entwicklung dieses Viertels am deutlichsten zeigt«, fährt die Journalistin und Urbanistikforscherin an der Universität La Sapienza in Rom fort.

Einen Gegentrend zur Entwicklung des Viertels verkörpert hingegen das neu besetzte Haus. »Es ist von den Studentenkollektiven der Universität Roma Tre besetzt worden, die sich hier im Viertel gerade eine Menge Immobilien kauft«, sagt Monia. »Ostiense war früher ein Arbeiterbezirk und soll jetzt etwas zwischen Studenten- und Vergnügungsviertel werden.«

Die Tür des »Alexis« in der Via Ostiense steht offen. Nicht gerade vorsichtig, dafür aber sehr sympathisch. Im Eingangsbereich steht eine Menge Sperrmüll, an einem Ende ein DJ-Pult, am anderen ein Schild mit der Aufschrift »Bar«.

»Es gibt nicht genug Schlafplätze! Wie viele Leute, sagtest du? Sind es Genossen, kann ich mich darauf verlassen?« Mattias iPhone klingelt ununterbrochen, zwischen einem Anruf und dem nächsten organisiert der junge Philosophiestudent eine Besichtigung. Im ersten Stock ist der Wohnbereich, in den kleinen Zimmern liegen die Matratzen und Schlafsäcke auf dem Boden. »Das hier ist etwas nobler eingerichtet.« Mattia öffnet die Tür zu einem Raum, in dem wenigstens ein Bettgestell steht. »Gemütlich ist es noch nicht, aber wir arbeiten dran.«

Das meint er wörtlich. Zu sehen sind im Haus nur Leute in Arbeitskleidung. Wie Andrea, der mit Mundschutz und schwerem Werkzeug in der Hand freundlich grüßt. »Das ist Christa«, stellt Mattia die junge Frau vor, die komplett vermummt mit einer Flasche mit offenbar giftigem Inhalt in der Hand an uns vorbeigeht. Sie kommt aus den Niederlanden. »Ich war am 6. Dezember zufällig zu Besuch in Rom. Meine Gastgeber nahmen mich mit zur Demo. Seitdem wohne ich hier«, sagt sie auf Englisch.

Das seit Jahren unbewohnte Gebäude, das die Besetzerinnen und Besetzer »Alexis« genannt haben, in Erinnerung an den 2008 in Athen von einem Polizisten erschossenen 15jährigen Alexis Grigoropoulos, war bisher im Besitz des kommunalen Wasserversorgungsunternehmens Acea. Es ist eines der neun Häuser, die am 6. Dezember in Rom besetzt worden sind.

»Es war ein historischer Tag«, sagt Monia. Am 6. Dezember hatte die Basisgewerkschaft Fiom zum Streik aufgerufen, und in einer koordinierten Aktion der Studentenbewegung mit den drei römischen Hausbesetzerkollektiven wurden mehrere leerstehende Gebäude in verschiedenen Stadtteilen besetzt. Rund 3 000 Personen, darunter rund 800 Familien, haben innerhalb weniger Stunden eine Unterkunft gefunden. »Direkte Aktionen dieses Ausmaßes zur Wiederaneignung von Wohnraum und Einkommen hatte man in Rom seit den siebziger Jahren nicht mehr gesehen«, sagt Monia.

Die neue Studenten- und Schülerbewegung, die sich in den vergangenen zwei Jahren formiert und radikalisiert hat, scheint weniger vertraut zu sein mit Begriffen wie Wiederaneignung, die aus der Theorie der Autonomia stammen. So beschreibt Mattia den 6. Dezember als »den ersten gelungenen Versuch eines sciopero sociale«. Der Begriff »Sozialstreik« hat sich im vergangenen Jahr in der linken Debatte über die Krise und die Austeritätspolitik herausgebildet.

In bewusster Abgrenzung zum klassischen Generalstreik, der als Angelegenheit der institutionalisierten Gewerkschaften wahrgenommen wird, definiert sich der Sozialstreik als eine Praxis, die verschiedene soziale Subjekte – Studierende, Prekäre, Arbeitslose, Migranten, Umweltbewegungen – anspricht und der auf direkte Aktionen und Selbstorganisation setzt, um den sozialen Konflikt zu generalisieren.

Eine Generalprobe des Sozialstreiks

hatte es bereits am 14. November gegeben, dem europäischen Aktionstag gegen Prekarisierung. Protagonisten der Aktionen in ganz Italien, insbesondere in Rom, waren tausende Studenten und Schüler. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor, Teenager wurden teilweise brutal zusammengeschlagen. »Es ist die erste Generation, die Genua 2001 nicht erlebt hat«, sagt Monia, deren 15jähriger Sohn auch an den Aktionen teilnimmt. »Sie lassen sich nicht von der Brutalität der Polizei einschüchtern. Sie sind nicht traumatisiert wie wir«, lacht sie.

Der 14. November wurde von vielen als Wendpunkt wahrgenommen, der den sozialen Protest radikalisiert hat. Danach ging dann alles sehr schnell: »Wir haben uns dem Streik der Fiom angeschlossen. Die Zeit war gekommen, von der Symbolpolitik zur direkten Aktion überzugehen«, sagt Mattia.

»Alexis« soll nun ein »Haus für Prekäre und Studierende« werden. »Wir verstehen unseren Kampf aber in einem breiteren politischen Zusammenhang. Es bringt nicht viel, gegen die bildungspolitischen Entscheidungen zu protestieren, denn sie sind auch nur ein Aspekt der Logik der Austerität, die sich in Italien durchgesetzt hat. Wir müssen einen Diskurs über und eine Widerstandspraxis gegen die Krise entwickeln.« Die Proteste gegen die Umstrukturierungen im Bildungsbereich sollen zum Ausgangsspunkt für eine breitere soziale Opposition gegen die Krisenpolitik werden.

Auch die internationale Vernetzung sieht Mattia als unabdingbar an: »Wir sind Teil des urbanen Prekariats, das keine italienische Besonderheit ist, und wir halten es für notwendig, den sozialen Konflikt zu generalisieren, jenseits des bloßen Studentismus.« Und um Missverständnisse zu vermeiden, betont er: »Wir wollen hier kein centro sociale machen. Davon gibt es genug. Wir wollen hier wohnen, studieren, arbeiten, ganz normal.« Wozu dann das DJ-Pult und die Bar? »Naja, eine Party ab und zu kann nicht schaden«, sagt er lächelnd, »ich meinte, dass es uns politisch um mehr als Freiräume geht.«

Obwohl diese angesichts dessen, was mittlerweile auch die Mainstream-Medien emergenza abitativa (Wohnungsnotstand) nennen, dringend notwendig wären. Und wenn auch nicht ganz frei, so doch wenigstens bezahlbar. Denn wenn sich etwas in Italien generalisiert hat, ist es die Verarmung. Immer mehr Leute, längst nicht nur die jüngere Generation, leben unter prekären Umständen. In den Großstädten hat sich die Lage in den vergangenen drei Jahren verschlechtert. In Rom hat sie mittlerweile ein dramatisches Ausmaß angenommen. Im vergangenen Jahr gab es laut offiziellen Daten in der Viermillionenstadt 4500 Räumungsklagen wegen Zahlungsunfähigkeit, in rund der Hälfte der Fälle kam es zu Zwangsräumungen. Laut Berechnungen von Einwohnerinititativen sind in Rom täglich zehn Familien von einer Räumungsklage betroffen. Auch Pfändungen von Eigentumswohnungen durch die Banken haben dramatisch zugenommen sowie mehr oder weniger vollständige Räumungen ganzer Wohnhäuser durch Besitzer, die von heute auf morgen Mieterhöhungen bis 100 Prozent verlangen.

Es überrascht daher nicht, dass die Hausbesetzer bei der lokalen Bevölkerung auf Solidarität stoßen. »Die Anwohner sind vorbeigekommen und haben an die Strom- und Wasserversorgung angeschlossen«, erzählt Mattia. Das sei nicht selbstverständlich, man habe sich eher auf Ablehnung eingestellt. »Andere bringen uns Essen vorbei oder schauen einfach mal aus Neugier kurz rein und ermutigen uns dazu, hier zu bleiben.« Ob auf diese Unterstützung zu bauen sei im Falle einer Räumung? »Schwer zu sagen«, gibt Mattia zu. Fakt sei aber: »Den Leuten geht es sehr schlecht und die soziale Stimmung ist nicht gerade friedlich. Die Lage könnte schnell außer Kontrolle geraten.«

In Ponte di Nona sind die Besetzerinnen und Besetzer bereits geräumt worden. In diesem Bezirk in der östlichen Peripherie der Stadt hatten am 6. Dezember rund 80 Familien, koordiniert von den Kollektiven »Coordinamento di Lotta per la Casa« und »Action Diritti in Movimento«, zwei Wohnhäuser besetzt, in einem gespenstischen Wohnblock rund

sieben Kilometer vom Stadtring entfernt. Eine kaum urbanisierte Gegend, die von Feldern umgeben ist, auf denen an diesem sonnigen, kalten Vormittag Schafe weiden.

Hier haben die römischen Stadtregierungen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Konzessionen an private Baufirmen vergeben und so sind Wohnhäuser gebaut worden, die heute zum Großteil leerstehen.

»Ponte die Nona, sowie Bufalotta im Norden der Stadt, sind typische Beispiele einer menschenfeindlichen Baupolitik, die nur die Interessen der eigentlichen Herren dieser Stadt vertritt, also der Baulobbyisten«, beschreibt Monia. Es gibt sogar Straßen, die nach den Bauunternehmern benannt wurden, »Via Caltagirone« zum Beispiel, die kein Ende zu haben scheint. Die Wohnsiedlungen sind rund um riesige Einkaufszentren gebaut worden. Und zwar in der Reihenfolge: erst die Mall, dann die Häuser. Kaum Anschluss an den öffentlichen Verkehr, keine Schule, kein Ort, an dem irgendeine Form von sozialem Leben stattfindet. Außer der Mall, natürlich, aber auch die ist, wie im Fall Ponte di Nona, ohne Auto schwer zu erreichen.

Auch hier ist etwas passiert, was man nicht erwartet hatte: »Die Nachbarn halfen den älteren Damen oder Leuten mit Kindern dabei, mit Koffern und Kinderwagen über den Zaun zu klettern, andere applaudierten am Rande«, erzählt Mattia. Da könnten die politischen Institutionen nicht nur eine Frage der öffentlichen Ordnung daraus machen und einfach räumen.

Für bedrohlicher als die staatliche Repression halten die Besetzerinnen und Besetzer vom »Alexis« die Uneinigkeit in der Bewegung über das das weitere Vorgehen. »Die historischen Hausbesetzergruppen«, so nennt Mattia sie, wollten sich auf keinen breiteren politischen Diskurs einlassen. »Am 19. Januar soll es eine große gemeinsame Demonstration geben. Bisher gab es aber keine Einigkeit darüber, was der Schwerpunkt werden soll. Wir sagen: Sozialstreik, den Konflikt generalisieren, Selbstorganisation gegen die Krise.« Und die anderen? »Sie beschränken sich auf die Bau- und Mietpolitik in Rom. An erster Stelle stehen für sie immer die Verhandlungen über die Legalisierung der Besetzungen.«

Hier weist Mattia indirekt auf einen entscheidenden Unterschied zwischen den »alten«, aus der globalisierungskritischen Bewegung stammenden Gruppen und den neuen Bewegungen hin. Während die ersten noch in einem – wenn auch konfliktgeladenen und teilweise widersprüchlichen – Verhältnis zur institutionellen Politik standen, haben sich die neuen Protestbewegungen von der Parteipolitik vollständig gelöst und beziehen ihre Stärke gerade aus dieser Ablehnung der politischen Vermittlung.

Ein Beispiel für die erste Tendenz ist das aus der No-Global-Linken hervorgegangene Kollektiv »Action«, dessen Vertreter in die römische Stadtregierung gewählt worden sind. Die jüngste Besetzung von »Action« befindet sich in Cinecittá, im Südosten der Stadt, an der Endhaltestelle der Metro B. Eine Tankstelle, ein Dönerladen, sonst nur Schnellstraßen, die sich chaotisch kreuzen. Das besetzte Gebäude in der Via Tuscolana ist in dieser Landschaft nicht schwer auszumachen. Ursprünglich war es, ausgerechnet in diesem Niemandsland, als Studentenheim gebaut worden, es wurde aber niemals als solches benutzt und stand lange leer. Anders als bei »Alexis« ist das Tor hier verriegelt, eine Gruppe junger, miteinander Arabisch sprechender Männer verweigern freundlich, aber entschlossen den Zugang. Es ist schon dunkel. Nach ein paar Telefonaten taucht Antonio auf, der sich für die Kontaktperson entschuldigt, sie sei auf dem Weg.

Der Gebäudekomplex besteht aus mehreren Häusern mit rund 100 Unterkünften. »110 Familien wohnen hier seit dem 6. Dezember«, erzählt Antonio. »Sie sehen viele Migranten, aber die Hälfte der Leute hier sind Italiener, so wie ich. Die Realität der Besetzungen hat sich seit der Krise stark verändert«, sagt der 55jährige Klempner. »Ich habe meinen Job verloren, und dann meine Woh-

nung, weil ich die Hypothek nicht mehr bezahlen konnte. Was blieb mir übrig?« Antonio erzählt, dass er in den Siebzigern politisch aktiv war, »als es noch die KP gab. Schöne Erinnerungen«, sagt er nostalgisch. Er kümmert sich hier um die Wasserleitungen und die Kanalisationsarbeiten. »Richtige Wohnungen gibt es hier keine«, gibt er zu, »dafür haben wir aber ein Kinderzimmer für die Kleinen. Hier, das ist Gabriella, sie kümmert sich um die Kinder.«

Die Führung endet in einem großen, von einem ungemütlichen Neonlicht beleuchteten Raum, in dem sogar ein improvisierter Weihnachtsbaum aufgestellt wurde. Ein paar Teenager spielen Kicker, andere schieben große Einkaufswagen voller Lebensmittel in die Küche.

Das Essen ist bald fertig, die Leute sammeln sich langsam in dem Raum. Ein bisschen wie bei einer Obdachlosenspeisung sieht es aus, die Stimmung ist aber deutlich besser, und das trotz der Kälte. Die Heizung funktioniert noch nicht. »Die mache ich auch noch klar!« sagt Antonio in die Runde, »aber Leute, stellt euch nicht so an, wir sind doch nicht in Berlin!«.

»Hey Tarzan! Was haben denn die Bullen gesagt, Alter?« So wird Andrea Alzetta begrüßt, Vertreter von »Action« im römischen Stadtrat. Alzetta war 2008 als Vertreter der sozialen Bewegungen auf einer Liste der radikalen Linken gewählt worden und sitzt jetzt für die Fraktion »Roma In Action« im Kommunalparlament. Der Mittvierziger ist von Beruf eigentlich Boxtrainer und eine Institution in der Hausbesetzerszene, in der er besser als »Tarzan« bekannt ist. Er kommt gerade von einem Treffen mit den Behörden, bei dem über die Räumung verhandelt wurde. »Alles klar, Leute, ich denke, bis April sind wir hier sicher«, beruhigt er die anderen, »und wenn nicht, dann überlegen wir uns was. Antó, vielleicht bastelst du weiter an den Wasserschläuchen herum, und wir bauen uns einen eigenen Wasserwerfer, aber wir beschießen sie mit Scheiße, wie wäre das denn?« Die Kinder im Raum mögen die Idee.

»Man sollte nicht so tun, als sei der 6. Dezember aus dem Nichts gekommen«, schildert er seine Sicht des Aktionstags. »In den vergangenen Jahren haben wir die Legalisierung einiger Besetzungen erreicht. Jetzt fordern wir, dass die Stadt Geld in den sozialen Wohnungsbau investiert und aufhört, öffentliche Immobilien an Private zu verkaufen oder Baulizenzen an immer dieselben Baufirmen zu erteilen, die die Peripherie sinnlos zementifizieren.« Die Krise und die rapide Verarmung hätten ein Problem nur verschärft, das in Rom seit Jahrzehnten bestehe: »Immer mehr wird gebaut und immer mehr Leute gibt es, die sich keine Wohnung leisten können.«

Alzetta kennt sich gut aus mit den vielen Aspekten des Wohnungsnotstands in Rom. »Action« betreibt in mehreren Bezirken sogenannte »Agenzie Diritti«, Agenturen, die sich um die Wohnsituationen der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Die immer schlimmer wird: »2009 gab es 42 000 Anträge für Sozialwohnungen. Seitdem ist nichts passiert. 860 Familien, die am selben Tag Wohnungen besetzen, haben gezeigt, wie explosiv die Lage ist.«

Wie geht es nun weiter? Alzetta ist Pragmatiker. »Wir fordern Verhandlungen über die Bau-und Mietpolitik. Denn es geht nicht nur um vier Wände und ein Dach über dem Kopf, sondern auch darum, die Lebensqualität in den Vierteln zu verbessern.« Von Begriffen wie »Generalisierung des sozialen Konflikts« hält er wenig: »Was heißt denn das, ich unterstütze die Kämpfe, die auf meinem Territorium stattfinden.«

Antonio ist ganz seiner Meinung: »Sozialstreik? Versteh' ich nicht«, sagt er zum Abschied. »Die Realität ist, was Sie hier sehen«, sagt er, während er auf die vielleicht 50 Menschen zeigt, die gerade in ihren Jacken und Mützen am Esstisch Platz nehmen.

geklaut aus: jungle world 3, 2013

DER KRITIK ZUM FAULEN KERN MIT DEM MESSER

NOBORDER UND KRITISCHE THEORIE

Das Projekt einer Abschaffung von Migrationskontrollen gilt heute als naiv, als im schlechten Sinne utopisch. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik kann dazu beitragen, dieses Projekt sagbar und vertretbar zu machen.

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre haben die Industriestaaten des Globalen Nordens ihre Migrationskontrollen immer weiter verschärft. Tausende von Toten fordert ihr unerklärter Krieg gegen Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter Jahr für Jahr. Sie überziehen die Erde mit Visaregimen, Abschiebe- knästen und biometrischen Kontrollen und sie träumen davon, menschliche Mobilität zu „managen". Obgleich es ihren Kontrollinstitutionen nicht gelingt, die Mobilität zu stoppen, illegalisieren und entrechten sie Millionen. Viele Menschen, bis weit in den liberalen Mainstream hinein, empfinden Unbehagen und Scham, Trauer und Zorn, wenn sie an diese Folgen denken. Seit Beginn der 1980er Jahre kritisieren Kirchen, NGOs und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Politik im Namen von Flüchtlingsschutz und Menschenrechten. Doch ihre „sentimental humanitäre Sprache", so formulierte schon Hannah Arendt polemisch, unterscheidet „sich oft nur um ein Geringes von den Broschüren der Tierschutzvereine". Ihrer menschenrechtsorientierten Kritik gelang es nicht, die repressive Tendenz der Migrationspolitik zu brechen.

In Reaktion auf ständige Verschärfungen radikalisierten migrantische Basisorganisationen und antirassistische Gruppen ihre Kritik. Sie fordern „Bleiberecht für Alle", „globale Bewegungsfreiheit" und „No Border! No Nation!". Sie lehnen Migrationskontrollen grundlegend ab, begreifen es als legitim, wenn Menschen durch Migration Schutz und ein besseres Leben suchen, und verstehen es als ungerecht, diese Mobilität zu stoppen. Ihrer Kritik liegt ein „Existenzialurteil" (Max Horkheimer) zugrunde, das sich grob so formulieren lässt:

Staatliche Migrationskontrollen sind tödlich. Sie sind ungerecht und zutiefst unmenschlich. Faire und humane Kontrollen sind unmöglich. Migrationskontrollen sind keine Naturnotwendigkeit. Sie sind menschengemacht und sie müssen und können abgeschafft werden.

Diese Noborder-Kritik ist inspirierend und oft kaum mehr als eine Provokation. Häufig bleibt unklar, was damit genau gemeint ist. Es bleibt unklar, wie man ein solch weitreichendes Projekt gegen die unweigerliche Ablehnung rechtfertigt und was die Bedingungen für eine Welt ohne Grenzen wären. Wie etwa hängen Migrationskontrollen und Kapitalismus zusammen und wie somit die Kämpfe gegen sie? Der vorliegende Text1 nimmt Begriffe der kritischen Theorie zum Ausgangspunkt, um Bedingungen und Methoden einer radikalen Kritik von Migrationskontrollen etwas klarer zu machen.

Verankerung in den Kämpfen

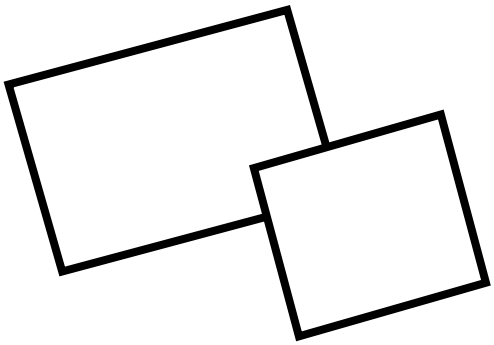
Beginnen lässt sich mit der Frage, wie eine Noborder- Kritik zu begründen und rechtfertigen ist. Klar scheint, dass sie nicht „objektiv“ begründet werden kann, nicht durch Religion, Metaphysik, Naturrecht oder einen Klassenstandpunkt. Sie muss auf andere Art in der Wirklichkeit verankert werden. Materialistische Kritik seit Marx hat diese Verankerung in den wirklichen Bewegungen und Kämpfen gesucht, die mit realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbunden sind. Für Friedrich Engels war sozialistische Theorie „weiter nichts als der Gedankenreflex“ (MEW 20, 211) auf die in den kollektiven Klassenkämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter aufscheinenden Widersprüche, auf die darin hervorgebrachten

Formen der sozialen Kooperation, auf die Ideen, Gefühle und Erfahrungen einer Solidarität, die Mittel zur Überwindung der bestehenden Ordnung war und zugleich als Zweck über diese Ordnung hinauswies. Marx sah es als Aufgabe kritischer Intellektueller, die in den Kämpfen implizite Kritik explizit zu machen. „Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: [...] Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“ (MEW 1, 343). In ähnlicher Weise sollte eine Kritik der Migrationspolitik entwickelt werden in Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Bewegungen der Migration und mit den Kämpfen gegen ihre Kontrolle. Die kritische Theorie der Migrationspolitik ist eine reflektierende, nicht nur widerspiegelnde, gedankliche Reaktion auf diese Kämpfe. Sie ist durch die Kämpfe in der Wirklichkeit verankert und sie findet in ihnen nicht nur ihren Antrieb und ihre Begriffe und Fragen, sondern auch eine nicht- letztgültige Rechtfertigung.

Immanente Kritik I: Linksliberal

Auf dieser Basis lässt sich die Kritik der Migrationspolitik weiter entfalten, zunächst mit Hilfe einer zentralen Methode kritischer Theorie, der sogenannten „immanenten Kritik“, die Widersprüche zwischen Realität und Idealen einer Gesellschaft kenntlich macht, das Auseinanderklaffen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Flüchtlings-NGOs und linksliberale MigrationsExpertinnen und -Experten wenden diese Methode auf eine spezifische Weise an. Erstens operieren sie auf der Ebene des Rechts und bekämpfen staatliche Abschiebungen und Push-Back- Operationen im Mittelmeer auf juristischem Weg. Zweitens verweisen sie in zahllosen Berichten detailliert auf die Widersprüche zwischen der unmenschlichen Realität und dem Ideal von „rechtebasierten“ Kontrollen, die voll übereinstimmen mit einer großzügigen Interpretation aller Gesetze, Konventionen und Abkommen zum Schutz der (Menschen-)Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten. Drittens kritisieren sie, dass staatliche Kontrollinstitutionen wie Frontex intransparent arbeiten und nur ungenügend parlamentarisch und öffentlich überwacht werden können.

Kurz: Die linksliberale Kritik will den Staatsapparaten der Migrationskontrolle eine parlamentarischvölkerrechtliche Kandare anlegen. Für Johannes Agnoli war derartige immanente Kritik nicht überholt, sondern dauerhaft berechtigt, „ihre Aufgabe ist keineswegs zu Ende; ihr Kampf geht vielmehr in dem gleichen Maße weiter, wie Normen



permanent durchbrochen“ werden. Doch zugleich ist die linksliberale Kritik mehrfach begrenzt. Sie ignoriert jene Verhältnisse, die das Elend der Migrationskontrollen notwendig hervorbringen. Souveräne Nationalstaaten dürfen entscheiden, wer auf ihr Territorium einreisen, wer dort bleiben darf - und wer nicht. Sie dürfen ihre Grenzen kontrollieren, auch gewaltsam. Sie dürfen „unerwünschte Ausländer“ abweisen und abschieben. Wie es keine Atomkraftwerke ohne Atommüll, keinen Kapitalismus ohne Krisen geben kann, so kann es souveräne Nationalstaaten nicht geben ohne die permanente gewaltsame Ausgrenzung von Menschen anderer Staatsangehörigkeit. Fixieren, filtern, entrechten, und abschieben - werden diese Zwecke staatlicher Migrationskontrollen nicht grundlegend und unmissverständlich in Frage gestellt, schneidet das Messer der Kritik am faulen Kern der Migrationspolitik vorbei. Die linksliberalen Strategien sind berechtigt und notwendig. Und zugleich stärken und legitimieren sie die Ordnung, aus der die gewaltvollen Kontrollen notwendig hervorgehen. Dieser Widerspruch ist auszuhalten. Mit ihm ist umzugehen. Mit Agnoli formuliert: Die linksliberale Kritik ist nicht gescheitert, aber „sie kreist inzwischen um sich selbst: ein endloser Prozeß des Protestes ohne Revolte.“

Immanente Kritik II: Die Verhältnisse zum Tanzen zwingen

Eine radikale Kritik von Migrationskontrollen muss die Methode der immanenten Kritik über ihre linksliberale Beschränkung hinaustreiben: Solange es massive Armut und Ungleichheit an Lebenschancen gibt, darf globale Bewegungsfreiheit nicht beschränkt werden. Das ethische Gut eines Lebens ohne materielle Not für alle Menschen übertrumpft die selbst-interessierten Einwände aus dem Globalen Norden. Und dies umso mehr, als Armut und Not im Globalen Süden direkte Folgen von Kolonialismus, Imperialismus und einer bis heute neokolonialen Weltwirtschaftsordnung sind. Die migrationspolitische Entrechtung von Menschen aus dem Globalen Süden stützt sich auf im Kolonialismus entstandene rassistische Muster. „Staatsbürgerschaft in westlichen liberalen Demokratien ist das moderne Äquivalent zu feudalen Privilegien - ein ererbter Status, der die eigenen Lebenschancen massiv verbessert.“ (Joseph Carens)

Die Noborder-Kritik knüpft an frühere abolitionisti- sche Kämpfe an, also an Kämpfe, die auf die vollständige Abschaffung großer Unrechtssysteme zielten. Wenn alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, dann müssen alle Privilegien und Hierarchisierungen, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Die großen Emanzipationskämpfe gegen Feudalismus und Sklaverei wurden auf dieser Grundlage geführt, ähnlich die Kämpfe gegen Kastensysteme, patriarchale Unterdrückung, die rassistische Entrechtung nicht-Weißer Menschen und die heteronormative Diskriminierung von LGBTI. In der Vergangenheit dachten vor allem Weiße Menschen, dass Schwarze Menschen natürlich nicht die gleichen Rechte haben können wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen selbstverständlich untergeordnet seien. Und heute denken die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger des Globalen Nordens, dass die Menschen des Globalen Südens logischerweise an Grenzen gestoppt und abgeschoben werden dürfen. Das Noborder-Projekt kritisiert die scheinbare Selbstverständlichkeit von Migrationskontrollen als eine weitere willkürliche und nicht-rechtfertigbare Hierarchisierung von Menschen. Deshalb zielt das Projekt nicht auf eine „progressive Migrationspolitik“, nicht auf „humane“ und „faire“ Kontrollen. Es zielt auf ihre Abschaffung.

Kritik als radikales Kontextualisieren

Doch kritische Theorie erschöpft sich nicht in solch zugespitzter Anrufung ethischer Normen. Immanente Kritik verkennt letztlich die „Verlötung von Norm und Wirklichkeit“ (Agnoli). Kritik muss betrieben werden als an die Wurzel gehende Analyse. Als Kritik der Politik muss sie verständlich machen, welche sozialen, ökonomischen und politischen Prozesse, welche Kämpfe und sozialen Kräfte den kritisierten Gegenstand historisch hervorgebracht haben. Sie muss radikal kontextualisieren.

Die Menschen, deren Migration die In-

dustriestaaten ab den 1980er Jahren zunehmend restriktiv „managen“ wollten, reagierten mit ihrer Mobilität zu großen Teilen auf die Folgen von Prozessen, welche die Staaten des Globalen Nordens selbst mit initiiert hatten, um die kapitalistische Strukturkrise der 1970er Jahre zu überwinden. Um dem überakkumulierten Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu bieten und die Profitraten zu steigern wurden in heftig umkämpften

Prozessen in großen Teilen der Peripherie Politiken durchgesetzt, die zu einer „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey) führten - häufig organisiert durch Bündnisse zwischen lokalen Eliten und IWF und Weltbank: lokale Märkte wurden der Weltmarktkonkurrenz geöffnet; Landwirtschaft wurde industrialisiert und Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mussten in die Slums der neuen MegaStädte ziehen; öffentliche Güter wurden privatisiert (Wasser, Gesundheit, Bildung) oder zusammengestrichen (Sozialprogramme, Subventionen für Grundnahrungsmittel); natürliche Lebensgrundlagen wurden überbaut, zerstört oder vernutzt. Hunderte von Millionen Menschen wurden vertrieben oder proletarisiert. Weitere Millionen flohen vor Repression und Bürgerkriegen, die häufig mit diesen „Reformen“ einhergingen. Einige dieser Menschen reagierten mit einer vom Globalen Norden nicht-intendierten, eigensinnigen und relativ autonomen Mobilität. Als Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und -arbeiter versuchten sie, im Globalen Norden Schutz, Arbeit und ein (etwas) besseres Leben zu finden.

Der national-soziale kapitalistische Staat

Die Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten überwiegend restriktiv auf diese Mobilität. Diese Reaktionen hatten eine strukturelle Qualität. Seit Ende des 19. Jahrhunderts, und insbesondere nach der Großen Depression und dem Zweiten Weltkrieg wandelten sich die Länder des Globalen Nordens in umkämpften Prozessen zu „national-sozialen Staaten“ (Etienne Balibar), die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung zu regulieren, zu prozessieren. Der national-soziale Wohlfahrtsstaat, so Balibar, war historisch „absolut unentbehrlich“, um die durch soziale Kämpfe zerrissenen

kapitalistischen Gesellschaften zu stabilisieren und so die politische Herrschaft in Form nationaler Einzelstaaten zu organisieren, eine notwendige Bedingung der Hegemonie wechselnder Kapitalfraktionen überhaupt.

Die Bevölkerungen des Globalen Nordens wurden zunehmend von „ihren“ national-sozialen Staaten abhängig, von ihren öffentlichen Bildungs-, Gesund- heits- und Sozialsystemen, und von staatlich regulierten Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedin- gungen. Es entstand eine „objektive Abhängigkeit des Individuums vom Schicksal ‚seines‘ Staates in der Weltmarktkonkurrenz“ (Ums Ganze). Doch um zu funktionieren, mussten diese national-sozialen Staaten Nicht-Staatsangehörige von ihrem Territorium ausschließen, entfernen oder, was häufig vorkam, sie abgestuft entrechten. Staatsangehörigkeitsrecht und Migrationspolitiken organisieren diese Ausgrenzung. Sie sichern die „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand/Markus Wissen) im Globalen Norden, die auf weltweitem Zugriff auf Ressourcen, Räume und Arbeitskraft andernorts basiert. Migrationskontrollen sichern diese Lebensweise, indem sie die massiven sozialen Ungleichheiten des Weltsystems gewaltsam in getrennte Territorien fixieren. Deshalb unterstützten die Bevölkerungen des Globalen Nordens die Existenz und ständige Anpassung von Migrationskontrollen beinahe instinktiv, vorbewusst. Migrationskontrollen besitzen eine tiefe Hegemonie. Sie sind Teil des Staatsfetisch. Wie der Staat insgesamt erscheinen sie „dem Alltagsbewusstsein als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung individueller Existenz.“ (Ums Ganze) Offene Grenzen und gleiche Rechte für alle sind im Rahmen national-sozialer kapitalistischer Staaten nicht möglich.

Große Teile der Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten ab den 1980er Jahren unter anderem auch deshalb besonders scharf auf die subalterne Mobilität, weil sie selbst durch neoliberale Reformen unter Druck standen: Als Reaktion versuchten diese privilegierten Sektoren der „Weltar- beiterInnenklasse“2, ihre imperiale Lebensweise unter anderem durch repressiv ausgebaute Migrationskontrollen abzusichern. In einer rassistisch geprägten Dynamik forderten und unterstützen

sie Grenzkontrollen, Entrechtung und Abschiebungen, um die migrantische Konkurrenz um Jobs, Wohnraum und Sozialleistungen auszuschalten.

„Migrationsmanagement“ als Teil von Arbeitskraftregimen

Kapitalistische Akkumulation beruht immer auf weiteren Herrschaftsverhältnissen. Rassismus legiti- miert(e) Kolonialismus, Sklaverei und ethnisch segregierte Arbeitsmärkte. Sexismus organisiert(e) „kostenlose“ oder billige (Reproduktions-)Arbeit von Frauen. Diese Herrschaftsverhältnisse artikulierten sich seit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems im 16. Jahrhundert unter anderem in einer Abfolge von Arbeitskraftregimen, die trotz aller Unterschiede auf dasselbe Problem reagierten: den Bedarf an Arbeitskraft, möglichst billig, flexibel und kontrollierbar, und verfügbar, wann und wo kapitalistische Produktion beginnen soll. Koloniale Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Sklaverei, das „Kuli-System“ und die Entrechtung von „Gastarbeitern“ stehen deshalb als Arbeitskraftregime trotz aller Unterschiede in einem historischen Zusammenhang. Die gegenwärtige Politik des „Migrationsmanagements“ kann als jüngster Versuch begriffen werden, Teile der WeltarbeiterInnenklasse abgestuft zu entrechten, dieses Mal durch ihre diskursive und staatlich-administrative „Migrantisierung“.

Im Effekt zielt „Migrationsmanagement“ auf ein System „globaler Apartheid“: Ähnlich wie in Südafrika soll die überwiegende Mehrheit subalterner beziehungsweise peripherer Bevölkerungen in ihren „Homelands“ fixiert werden, während Mobilität und Arbeitskraft nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen strikt reguliert und selektiv in Wert gesetzt werden soll. Die Konsequenz ist, dass die meisten Menschen im Globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. Migrationskontrollen haben den Effekt, subalterne Bevölkerungen im Globalen Süden zu entmachten, ihre Stellung in den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen massiv zu schwächen - und so ihren inferioren Status zu verewigen. Globale Bewegungsfreiheit würde die Machtstellung der subalternen Fraktionen der WeltarbeiterInnenklasse dramatisch verbessern.

Praktische Kritik

Doch selbst solch radikale Interpretation ist „immer noch Gesinnung [...]. Es genügt nicht, angesichts der Missstände die Zustände verantwortlich zu machen“ (Agnoli). Kritik muss praktisch werden. Die praktische Kritik von Migrationskontrollen findet täglich statt: Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und -arbeiter überqueren Grenzen und eignen sich Rechte an; NGOs bekämpfen juristisch zahllose Abschiebungen; antirassistische Gruppen leisten Unterstützungsarbeit. Die kritische Theorie der Migrationspolitik ist mit diesen Anstrengungen verbunden; sie „ist nicht irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist, sondern ein unablösbarer Moment der Anstrengung eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt.“ (Max Horkheimer)

Das Projekt einer Abschaffung von Migrationskontrollen gilt heute als naiv, als im schlechten Sinn utopisch. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik kann dazu beitragen, dieses Projekt sagbar und vertretbar zu machen. Sie kann helfen, besser verstehbar zu machen, wie es sich begründen lässt und wie es mit älteren abolitionistischen Bewegungen verbunden ist. Sie muss den Finger in die Wunde des Wissens über die nicht-aufhebbare Unmenschlichkeit der Kontrollen legen und auf die Grenzen linksliberaler Kritik hinweisen. Sie muss das Verständnis der (nicht zuletzt polit-ökonomischen) Zusammenhänge zwischen Migrationskontrollen, Kapitalismus und Rassismus vertiefen. Erst so ließe sich verstehen, welche umfassenden Bedingungen globale Bewegungsfreiheit hat und wie der Kampf darum mit anderen Emanzipationskämpfen verbunden ist.<

geklaut aus: hinterland # 21/2012

KRITIK MUSS PRAKTISCH WERDEN

Autoritärer Staat in Griechenland

Von der Tolerierung zur Legitimierung des Neonazismus

Auch dieses Jahr [2012] hat sich die wirtschaftliche Krise in Griechenland weiter verschärft. Die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung sind dadurch, wie auch durch die neoliberale Politik der Memoranda[1], äußerst prekär geworden. Große Teile der Bevölkerung sind von Armut bedroht. Für viele, vor allem junge, GriechInnen, scheint nur die Migration gen Norden einen Ausweg aus der Krise zu bieten.

Gleichzeitig kommt es in Griechenland zu einem bedrohlichen Anstieg von Rassismus und Faschismus, der mittlerweile auch im Alltag zu spüren ist. Stärkster Ausdruck ist der Einzug der offen faschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte, im Folgenden mit XA abgekürzt) in das griechische Parlament. XA war bis dahin eine kleine neonazistische Splitterorganisation mit militaristischer Struktur, die vor allem Angriffe auf MigrantInnen und Linke durchführte. Bei den Wahlen 2009 erreichte die Partei, deren Logo sicherlich nicht zufällig starke Ähnlichkeit mit einem Hakenkreuz hat, lediglich 0,29 %.

Bei beiden Wahlen im Frühjahr 2012 erhielt die Partei knapp sieben Prozent der Stimmen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle WählerInnen sich hundertprozentig mit dem neonazistischen Programm der Partei identifizieren. Jedoch verdeutlichen die circa 425.000 Stimmen für XA, dass ein Teil der griechischen Gesellschaft, unabhängig von Klasse, Alter und sozialer Herkunft, eine autoritäre Antwort auf die Krise befürwortet und das Entstehen eines rechtsextremen politischen Raumes ermöglicht hat.

In diesem Raum spielt sich die weitere Radikalisierung der extremen Rechten Griechenlands ab. Diese wird durch die Tolerierung und mittlerweile direkte Unterstützung durch Teile des Staatsapparats, das Aufgreifen des neonazistischen Diskurses durch Teile der Mainstream-Medien wie auch durch die soziale Dynamik begünstigt.

XA betreibt derzeit extrem erfolgreich eine autoritäre Organisierung von unten und verfolgt damit eine klassische doppelte hegemoniale Strategie in den Institutionen des Staates wie auch auf der Straße. Die Partei formuliert zu diesem Zweck einfache Identitäten des Widerstands gegen die herrschende Politik, die – wie von anderen neonazistischen Bewegungen bekannt – scheinbar einfache Antworten und Lösungen anbietet. Gleichzeitig baut die Partei ihre Präsenz massiv aus und präsentiert sich als lokale Ordnungsmacht und Beschützerin der Bevölkerung. Damit besitzt der Faschismus in Griechenland mittlerweile eine soziale Basis. Nach neuesten Umfragen kann XA mittlerweile bis zu 12% erwarten, stünden Neuwahlen an.

Von der Tolerierung zur Legitimierung durch den Staat

Die extreme Rechte in Griechenland hat den Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1974 als Zellen im Staatsapparat überlebt, wenngleich sie moralisch wie auch politisch im Abseits stand. Ein großer Teil der extremen Rechten war bis zum Ende der 1990er Jahre in der Nea Dimokratia integriert. Sowohl die 2000 gegründete Partei Laos als auch die 2012 gegründete Partei Anexartiti Ellines (Unabhängige Griechen, ANEL) sind rechtspopulistische Abspaltungen der ND.

Der Aufstand im Dezember 2008 führte zur Reorganiation und zum Ausbau der staatlichen Repressionskräfte, der auch im staatlichen Angriff auf die soziale Bewegung gegen die Sparpolitik seine Forsetzung fand. Die in der Polizei organisierte extreme Rechte konnte somit ihre Position wesentlich verbessern. So wurden beispielsweise neue Polizeieinheiten geschaffen (DELTA und DIAS), die auf Motorrädern vor allem in Athen patrouillieren und sich wie eine Motorradgang gerieren und besonders brutale Übergriffe durchführen. Es muß davon ausgegangen werden, dass diese Einheiten nicht nur einen erheblichen Grad an Autonomie gegenüber der Führung besitzen, sondern diese auch gezielt für eine eigene politische Agenda einsetzen.

Die Verbindung zwischen Polizei und XA wird angesichts des Wahlverhaltens deutlich. Statistische Analysen haben ergeben, dass 50% der Polizisten XA gewählt haben. Dies ist besonders offensichtlich im Wahlbezirk, in dem das Polizeihauptquartier von Athen liegt, wie auch in der Region Kessariani, wo Spezialeinheiten der Polizei stationiert sind. Mittlerweile ist es zudem klar, dass Polizei und XA-Kader offen miteinander kooperieren.

Diese Kooperation schlägt sich derzeit in tagtäglichen Angriffen vor allem gegen MigrantInnen, Roma und Linke nieder. Einmal ist es die Polizei, die in Anwesenheit und mit Unterstützung durch XA-Kader Razzien gegen migrantische HändlerInnen durchführt, bei der es zu Identifikationsfeststellungen, Verhaftungen und Zerstörung von Waren kommt. Ein anderes Mal ist es ein von XA initiiertes Pogrom gegen MigrantInnen, welches von Polizeieinheiten geschützt wird, indem die Polizei antifaschistischen Widerstand angreift und kriminalisiert. Nach einer antifaschistischen Demonstration gegen ein Pogrom im Oktober, welches Geschäfte und Büros migrantischer Communities am Amerikis Platz zum Ziel gehabt hatte, wurden die TeilnehmerInnen von DELTA und DIAS angegriffen, verhaftet und auf der Wache gefoltert. Gleichzeitig drohten die Polizisten, Fotos und persönliche Daten an XA weiterzugeben. Solche Vorkommnisse sind keine Einzelfälle mehr, sondern die Regel.

Rassistische Kampagnen des Staates und der Medien

Diese direkte Unterstützung durch einzelne Teile des Staatsapparates wird begleitet durch eine Politik der Regierung und eine Propaganda in Teilen der Mainstream-Medien, für die die Rhetorik der XA als Stichwortgeberin fungiert. Schon im Frühjahr, vor den Wahlen, wurde eine Diskussion entfacht, die den »illegalen Migranten« als stereotypische Figur der Unsicherheit, der Kriminalität und als Gefahr für die öffentliche Hygiene (lies: »Volkshygiene«) darstellte. Diese Strategie verfolgte auch das Ziel, die öffentliche politische Agenda zu ändern, weg von einer Diskussion über Wirtschaft und Sparmaßnahmen hin zu einer der Sicherheitspolitik und des Rassismus. Die MigrantInnen sind das klar erklärte Feindbild.

Vor allem die auflagenstärkste Sonntagszeitung Proto Thema, aber auch liberale Medien haben XA als Unterstützer und Garant der Sicherheit für die vom Staat ignorierten GriechInnen präsentiert. Gleichzeitig haben die Mainstream-Medien Teile der XA-Ideologie und Propaganda übernommen, auch wenn darin der faschistische Anteil eher verborgen ist. XA wird als Partei dargestellt, die das mache, von dem alle immer nur reden würden. So wundert es nicht, dass auch die Spitzenpolitiker der PASOK und ND mittlerweile die Rhetorik übernommen haben: Ministerpräsident Samaras redet beständig

über eine angebliche »migrantische Invasion« und die Notwendigkeit, dass die GriechInnen sich ihre Viertel »wiedererobern« müssten.

Doch der Staat ließ den Worten auch Taten folgen. Im Frühjahr kam es über mehrere Tage immer wieder zu Razzien im Zentrum von Athen, die zur Verhaftung von tausenden MigrantInnen führten. Gleichzeitig wurden neue Lager für MigrantInnen angekündigt und in alten Militärkasernen eröffnet. Es geht schlechthin um die Inhaftierung von 30.000 MigrantInnen, wie es der Staat verlauten ließ. Am 4. August wurden diese Razzien wiederholt. Unter dem zynischen Namen »Xenios Zeus«, welcher auf die Rolle des antiken Gottes Zeus als Beschützer der Fremden anspielt, wurde eine mehrtägige Polizeioperation gestartet, die wiederum zur Verhaftung von mehreren tausend MigrantInnen geführt hat. Die Operation war ein klares Beispiel von so genanntem racial profiling, also der willkürlichen Kontrolle von Personen aufgrund ihres Aussehens. Die Operation hatte zudem einen eigenwilligen Fokus auf Transsexuelle, SexarbeiterInnen und Drogenabhängige. Zudem wurde ein obligatorischer HIV-Test angeordnet.

Die Operation Xenios Zeus wurde zwar von XA als »ineffektiv« und »PR-Stunt« kritisiert, gleichzeitig aber von Motorradbanden aus dem Umfeld von XA begleitet. Diese streiften durch die Stadt und griffen willkürlich MigrantInnen an, was am 12. August zum Tod eines irakischen Migranten führte. Wie Augenzeugen berichteten, griffen die Faschisten vorher weitere Migranten an, die sich aber in Sicherheit bringen konnten.

Autoritäre Krisenbewältigung

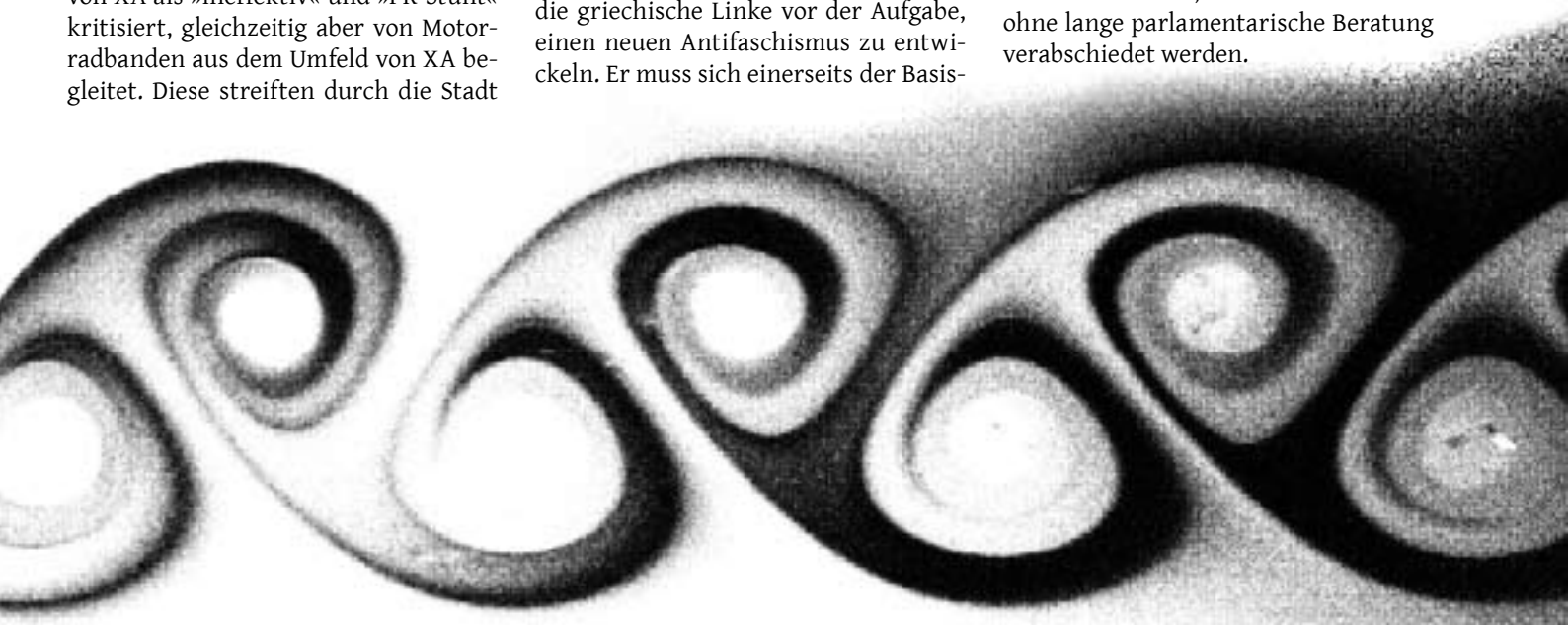
Rassismus und Nationalismus stehen im Kern dieser autoritären Krisenbewältigungsstrategie, die im Rückgriff auf die jüngere griechische Geschichte leicht aktivierbar sind. Die nationalistische Debatte um Mazedonien mit der gleichzeitigen Unterstützung des serbischen Nationalismus und der antialbanische Rassismus der 1990er Jahre sind rechte Mainstream-Diskurse, an die angeschlossen werden kann.

Dennoch: Es geht in der Krise nicht mehr lediglich darum, MigrantInnen zu Sündenböcken abzustempeln. Diese Figur wird zwar ohne Zweifel weiterhin im Zentrum der autoritären Krisenbewältigung stehen, gleichzeitig wird aber klar, dass es ebenso darum geht, weitere Teile der griechischen Gesellschaft ins Visier zu nehmen, die als von der Norm abweichend konstruiert werden.

Angesichts der strukturellen Tolerierung und Legitimierung des Neonazismus durch den griechischen Staat steht die griechische Linke vor der Aufgabe, einen neuen Antifaschismus zu entwickeln. Er muss sich einerseits der Basisorganisation und der Selbstorganisierung widmen, um die soziale Basis des Faschismus zu zerstören, andererseits muss er eine vertiefte Kooperation von Staat und Faschisten verhindern. Die Antwort kann nicht nur darin liegen, die ökonomischen Ursachen des aufziehenden Faschismus zu bekämpfen. Vielmehr geht es auch darum, antifaschistische Identitäten aufzubauen und den griechischen Rassismus, wie er sich etwa schon vor der Krise in der Asyl- und Migrationspolitik gezeigt hat, zu bekämpfen.

Aus: ZAG nr. 62

[1] Die Bedingungen der Troika (Europäische Zentralbank, Europäische Kommission, IWF) für die weitere finanzielle Unterstützung des griechischen Staats, oftmals ein radikaler Abbau sozialer und ArbeitnehmerInnenrechte, werden durch so genannte Memoranda in Griechenland implementiert. Ein Memorandum umfasst dabei ein ganzes Bündel von Maßnahmen, welche en bloc und ohne lange parlamentarische Beratung verabschiedet werden.



... und was ist denn dieses Jahr mit der FrauenLesbenInterTrans* - party zum internationalen Frauen_kampftag 8. März ?!?

I. Die Party wird verschoben.

Die Party war von uns für den 9. März geplant. Nun haben wir jedoch erfahren, daß an diesem Tag die feministische Demo gegen den „1000 Kreuze für das Leben"Marsch in Münster stattfinden wird. (genaueres unter „gegen1000kreuze.blogsport.de"). Das heißt wir (und hoffentlich viele andere Feminist_innen) werden an diesem Tag in Münster demonstrieren. Wir hoffen auf einen Ersatztermin im März oder Anfang April, können vor dem Redaktionsschluß aber noch nichts genaueres sagen. Aktuelle Infos findet ihr unter frauenkampftagparty.blogsport.de

II. Ein paar prinzipielle Anmerkungen im vorhinein

1) Wer feiert was mit wem? – oder: Welche_r feiert was mit wem? Oder: Welche feiern wie?

In der über 100 jährigen Geschichte des internationalen Frauen_kampftages und der feministischen Bewegungen gab es immer andere und immer neue Schwerpunkte.. Wichtige Themen waren der Kampf für das Frauenwahlrecht, gegen den §218 und für Selbstbestimmung in allen Körperfragen, gegen die Gewalt gegenüber Frauen* , der Kampf für soziale Gerechtigkeit u.v.a.m.. Es gab auch immer neue Konflikte, Ausschlüsse und (mehr oder weniger) konstruktiven Umgang mit Kritik hieran.

Konfliktlinien gab es beispielsweise zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung, Lesben und Heteras, women of color und weißen deutschen Feministinnen um nur einige zu benennen. Vielleicht ist gerade auch der offensive Umgang mit Differenzen eines der spannendsten Merkmale der feministischen Bewegung.

Und wo liegen derzeit die brisanten Themen?

Seit über 20 Jahren geht es in der feministischen Bewegung auch um die Konstruiertheit (das immer-wieder-herstellen) von Geschlecht. Die Vorstellung von zwei festen, quasi-naturgegebenen Geschlechtern und damit auch die Konstruktion von Weiblichkeit als negatives Gegenstück zu Männlichkeit sind Teil der patriarchalen Unterdrückung. Hierbei bleibt es ein schwieriger Balanceakt die reale Diskriminierung von als „Frauen" definierten Menschen zu bekämpfen und gleichzeitig zu versuchen, die Denk-Schubladen „männlich" und „weiblich" abzuschaffen. In diesem Rahmen ist der Kampf für die Rechte von transgender*-Personen (Personen, für die das gelebte Geschlecht keine zwingende Folge des bei der Geburt zugewiesenen Geschlechts ist) derzeit ein wichtiger Aspekt der (queer_) feministischen Bewegungen. (Hier fehlt die thematisierung von inter* (1)aber ob das tatsächlich derzeit ein wichtiger aspekt in queerfeministischen bewegung ist wagen wir nicht zu behaupten..auch wenn es dies sein sollte.)

Kann ich nicht einfach nur feiern? Was hat das mit der Party zu tun?

Den internationalen Frauen_kampftag feiern sehr unterschiedliche Feminist_innen. Und selbstverständlich sind Transgender*- Personen als Teil der feministischen Bewegung Teil der Mitfeiernden. Wir wollen einen Raum für gemeinsames entspanntes Feiern ermöglichen. Respekt und Vorsicht können verunsichernde oder irritierende Situationen für alle Feiernden verringern – zu vermeiden sind sie wahrscheinlich nicht. Doch wie oben gesagt: vielleicht sind Verunsicherungen und Irritationen auch eines der spannenden Merkmale der feministischen Bewegungen und vielleicht auch eine Erweiterung / Bereicherung der eigenen (Party-) Kultur.

2) Respect the Dj_anes? ! / Musik – so vielfältig wie die Feiernden!

Wir freuen uns sehr, dass die 8.März-Feten die letzten Jahre von so vielen verschiedenen FrauenLesbenInterTrans* besucht wurden. FLIT* aus allen Generationen haben mit uns gefeiert. Dies ist schön und bewegend – und auch immer wieder eine große Herausforderung. Eine Herausforderung an die Musikmachenden und die Tanzenden!

Wie auch die letzten Jahre werden wir Musik für alle Altersstufen und verschiedener Stilrichtungen anbieten. Wir werden diesmal anschreiben, wann ca. welche Musikrichtung gespielt wird . So könnt Ihr einfach entscheiden ob das für Euch der Tanzmoment ist oder ihr mal eine Stunde Pause einlegt.

Wir hoffen ihr habt genauso Lust auf eine entspannte und aufregende Tanzparty zum internationalen Frauen_kampftag.

Das Orga-Team

Datum und Ort folgen wie gesagt -> frauenkampftagparty.blogsport.de

Feministische Demonstration

für ein selbstbestimmtes Leben, eine herrschaftsfreie Gesellschaft und gegen fundamentalistische Christ*innen!

9.03.2013, 11 h, Bremer Platz, Münster

gegen1000kreuze.blogsport.de

MÄRZ

FR.	1.3.	22:00	MASH UP DI PLACE MEETS REGGAE NIGHTS
SA.	2.3.	22:00	LESBISCHWULE MOTTOPARTY
SO.	3.3.	21:00	CRUSH HOUR CONCERTS: SARG BANDCAMP
			+ VAN DER LUBBE BANDCAMP
FR.	8.3.	21:00	FAT HOSCHI KONZERT: COCKTAILBAR STAMMHEIM + WEITERE
FR.	15.3.	21:00	GEHIRNMASSAGE MIT ABRAXAS APPARATUS
SA.	16.3.	22:00	MÄNNERFABRIK
M.	20.3.	21:00	PUNKKNEIPE
FR.	22.3.	22:00	SOLI-PARTY
SA.	23.3.	21:00	INTERNATIONALER TAG GEGEN RASSISMUS - KONZERT UND PARTY
SO.	24.3.	19:00	KONZERT: HEXIS BANDCAMP + LA CASA FANTOM + ANDERE
SA.	30.3.	23:00	ROSA DISCO

APRIL

FR.	5.4.	21:00	ANTIFA-SOLI-KONZERT
SA.	6.4.	22:00	HOMOPHILIAS
FR.	11.4.	22:00	MASH UP DI PLACE
MI.	17.4.	21:00	PUNKTRESEN
FR.	19.4.	22:00	FAT HOSHI GRUFTI-PARTY III
SA.	20.4.	22:00	MÄNNERFABRIK
MI.	24.4.	21:00	CRUSH HOUR CONCERTS: CONTAINER SOUNDCLOUD
			+ RENE HELL SOUNDCLOUD + LASER POODLE SOUNDCLOUD
SA.	27.4.	23:00	ROSA DISCO

WÖCHENTLICHE TERMINE

MO.	20:30	ANTIFA-CAFE
MI.	20:00	THEATERGRUPPE
DO.	18:00	ACTION SAMBA BAND, ROR
DO	20:00	VOKÜ DANACH KNEIPE
DO	21:00	OLDENBURGER RECHTSHILFE

MONATLICH

1.MI.	20:00	FRAUENLESBENTRANS*-KNEIPE
3.MI	21:00	PUNKKNEIPE
2.FR.	20:30	NUTZER_INNENPLENUM

INFOLADEN ROTER STRUMPF

MO.	17 - 19 UHR
DI.	16 - 19 UHR
DO.	18 - 21 UHR
FR.	16 - 19 UHR